

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergehälter sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Bundes, Bremen, Fautentstraße 58/60 II. zu senden.

Nr. 21

Sonntag, den 26. Mai

1912

## Vorwärts!

Das Werk ist gelungen — die Einigung zwischen den Sortierern und den übrigen Tabakarbeitern, die Verschmelzung der beiderseitigen Verbände ist vollzogen. Die Generalversammlungen der beiden Verbände, resp. die gemeinschaftlichen Verhandlungen der Einigungsversammlung werden ein Meilenstein in der Geschichte der Tabakarbeiterbewegung bleiben. Was jahrelange Bemühungen derer, die eine Konzentration der agitatorischen Kräfte und eine umfassendere, festere Geschlossenheit der Tabakarbeiter wünschten, nicht vermochten, das hat die Entwicklung der gesamten Arbeiterbewegung und der wirtschaftspolitischen Verhältnisse vollbracht.

Mit der Ausbreitung der Arbeiterbewegung nehmen die wirtschaftlichen Kämpfe zu und lehren eindringlich energisches, solidarisches Vorgehen aller Arbeiter der Industrien, deren Branchen in enger Beziehung zu einander stehen. Und auch die kapitalistische Entwicklung schweiß die Arbeiter fester zusammen.

Unter solchen Umständen ist es auch für die Tabakarbeiter dringend geboten, alle Mittel und Wege zu versuchen, die Kraft des Widerstandes gegen kapitalistische Ausbeutung zu stärken. Nach der altbekannten Wahrheit, daß nur die Vollkommenheit und Stärke der Organisation für die Kämpfe der Arbeiter entscheidend ist, mußte also die Organisierung der Tabakarbeiter nach einheitlicheren Grundrissen betrieben werden. Das gab dem Gedanken einer Verschmelzung der beiden, in gleicher Richtung wirkenden Verbände immer mehr Nachdruck, bis nun der Zeitpunkt heranrückte, wo er sich durchrang und zur Wirklichkeit kommen mußte.

Seit länger als Jahresfrist wurden Verhandlungen zwischen den Vorständen der beiden Verbände gepflogen, um die Schwierigkeiten zu beheben, die darin lagen, daß nicht nur die Eigenheiten der beiden Verbände gegeneinander ausgeglichen werden mußten, sondern auch ein Ausbau der Gesamtorganisation notwendig war. Die Verhandlungen selbst brachten schon die beiden Verbände kollegialisch einander näher, die Differenzen schmolzen ersichtlich sichtlich dahin. So wurde es leichter, die Ausgleichspunkte fest und sicher zu stipulieren, die in den beiden Organen, Tabak-Arbeiter und Organisationsfaktor, ausgiebig besprochen und bereits voriges Jahr in einer Generalversammlung des Sortiererverbandes eingehend behandelt wurden.

Das Resultat aller dieser Bemühungen lag nun den beiderseitigen Generalversammlungen in Hamburg in einem mehrere Abschnitte umfassenden Entwurf zur Nachprüfung und der gemeinschaftlichen Tagung zur Genehmigung vor. Die Verhandlungen der Einzelversammlungen sowohl, wie die der gemeinschaftlichen Tagung wurden höchst sachlich geführt und verliefen zur Genugtuung aller Teilnehmer an diesen denkwürdigen Sitzungen in anerkannter würdiger Weise. Kein Mißton erklang dazwischen; Entgegenkommen sprach auch aus den abweichenden Ansichten, mit einem Wort: die Verhandlungen zeugten von höchster gegenseitiger Achtung, wie es unter organisierten Arbeitern der Fall sein muß.

Nun ist das Werk vollbracht! Künftig werden nicht nur die Kämpfe der einzelnen Branchen gegen mißliche industrielle Verhältnisse, gegen Ausbeutung und Unterdrückung solidarischer, wie es schon bei dem großen westfälischen Lohnkampfe zutage trat, geführt werden, es wird vor allem eine aktuellere und intensivere agitatorische Tätigkeit für die neugeschaffene Organisation entfaltet werden, um ihre Kraft und Macht für kommende Kämpfe zu steigern. Das neuentworfenen Statut mit allem Zubehör wird die erste Veranlassung zu reger Agitation geben. Es muß den noch nicht organisierten, überhaupt allen Tabakarbeitern erklärt, seine Vorteile so dargelegt werden, daß alle erkennen müssen, wie eingehend und verständlich die Interessen aller Arbeiter der Tabakindustrie berücksichtigt worden sind.

Dann wird die Behandlung der Angelegenheiten der Sortierer in den nun gemeinschaftlichen Versammlungen des einzigen Verbandes neues Leben, größere Wirksamkeit in die Beratungen bringen und dazu zwingen, weitestgehend die Geschäfte des Verbandes sowie die Agitation zu behandeln. Die örtlichen Verhältnisse und die der Gaubezirke sind außerdem für die Poststellen in diesen Bezirken so einschneidender Natur, daß sie von allen Mitgliedern mit dem größten Interesse verfolgt werden müssen. Die örtlichen Mitgliederversammlungen müssen darum für Klarlegung und Ueberprüflichkeit dieser Verhältnisse sorgen. Das gibt Stoff für die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fortbildung der Verbandsmitglieder. Die Reorganisation des Verbandes durch die Hamburger Generalversammlung erheischt also dringend eine intensive agitatorische Gestaltung der örtlichen Mitgliederversammlungen. Die Einzelheiten des neuen Statuts

werden dadurch am besten den Mitgliedern zu eigen gemacht, und wer von ihrem Geist durchdrungen ist, wird um so ernster und erfolgreicher für den Verband agitieren.

Hocherfreulich war, daß in der Generalversammlung, trotz aller Bestrebungen, den Mitgliedern weitgehende Unterstüßungen zu gewähren, wenn mißliche Umstände außer den Lohnkämpfen für sie eintreten, der Kampfscharakter des Verbandes für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Vordergrund gestellt wurde. Das erhebt den Verband zu einer hochachtbaren Stellung in der gesamten Arbeiterbewegung, die die Tabakarbeiter ihrer Organisation seit ihrer Begründung immer zu erhalten und zu befestigen bemüht waren.

Das Unternehmertum in der Tabakindustrie wird nicht verfehlen, diese Tatsache zum Anlaß ihrer festeren Zusammenschließung zu nehmen. Nach den letzten großen Kämpfen und nach der bisherigen Ausbildung ihrer eigenen Organisation liefert jedoch die Unternehmer selbst den zwingenden Grund für die Notwendigkeit der ununterbrochenen Ausgestaltung unseres Verbandes zu einer zweckdienlichen Kampforganisation für die deutschen Tabakarbeiter. Dieser Aufgabe war die Generalversammlung sich wohl bewußt und arbeitete förderlich an ihrer Fortführung.

Nun müssen die gesamten Mitglieder des Verbandes auf dem gebahnten Wege vorwärts drängen. Mit größter Rührigkeit muß ein jeder für die weitere Ausbreitung des Verbandes tätig sein. Die Freude über die errungene Einigkeit ist ein Moment der Belebung der Agitation. Wo sich Widerstände zeigen, müssen sie kraftvoll überwunden werden. Im kollegialen Zusammenwirken der Mitglieder mit den geschäftsführenden Personen kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Stärkung des Verbandes durch den Anschluß des Sortiererverbandes hat den Tabakarbeitern eine Organisation gebracht, die auch bei gemäßigter, anschließender Steuerkämpfe eine noch ausgreifendere Tätigkeit entfalten kann, wie bei dem Kampfe gegen die Tabakbesteuerung vom Jahre 1909. Und nicht minder wächst ihr Einfluß auf die gesamte Sozialpolitik.

Darum auf, Kollegen! Jeder stelle sich in den Dienst der Agitation für den Deutschen Tabakarbeiterverband! Vorwärts!

## Reichstagsbrief.

Im Handumdrehen, als ob es die einfachste Sache von der Welt wäre, hat die große Mehrheit des Reichstages die Wehrvorlagen bewilligt. Beim Militäretat wie beim Marineetat waren es nur die Sozialdemokraten, die der Regierung einige schwere Stunden bereiteten. Die Behandlung der Subvanten zu Wasser und zu Lande; die Vergebung von Arbeiten für Heer und Marine an Firmen, die trotz der Riesengewinne die Arbeiter mit dürftigen Löhnen abspießen, wie Krupp; die Wirtschaft in den Militärwerkstätten; die Löhnung und Ernährung der Mannschaften — alles das wurde von sozialdemokratischen Rednern unter Anführung von Beweisen für eine Reihe von Mißständen kritisiert.

Wohl rügten auch einige bürgerliche Abgeordnete dieses oder jenes Vorkommnis, aber es mangelt der Ernst zur Abhilfe, daher nehmen die Lipitz und Heeringens diese bürgerliche Opposition durchaus nicht tragisch. Wetteifern die bürgerlichen Parteien doch allesamt, so rasch und bereitwillig wie möglich die Heeres- und die Flottenvorlage zu bewilligen. Am Tage vor Himmelfahrt hatte die Regierung alles, was sie wollte, im Trocknen. Um die Kostenbedeckung macht sie sich nicht die geringste Sorge. Mageln doch jetzt die nationalliberalen „Hasser“ des schwarzblauen Bloks mit den Schwarzen so verständnislos, daß das Volk alle Ursache hat, beide Teile als gleich gefährlich zu behandeln.

Bassermann-Erzberger heißt die neue Firma, die gemeinsam die Steuermogelei betreibt und bis zum Herbst allerhand Steuerprojekte aushecken will. Konnte der Wahlschwindel der Nationalliberalen, ihre Parole: Gegen den schwarzblauen Blok! einen besseren Abschluß finden, als durch die Verbrüderung mit dem Zentrum zum Zweck eines neuen Steuerraubzuges? Die wirklichen Jesuiten des Zentrums machen mit den politischen Jesuiten des Nationalliberalismus gemeinsame Sache! So muß es kommen, wenn den Wählern der Star gestochen werden soll.

Am 17. Mai standen zum erstenmal nach der neuen Geschäftsordnung zwei kleine Anträge auf der Tagesordnung, gestellt von den sozialdemokratischen Abgeordneten Frank und Fischer. Sie betrafen Schiffsfahrtsangelegenheiten. Die neue Einrichtung wird sich bald einstellen.

Dann aber setzten ernstere Verhandlungen ein. Der Etat des Reichskanzlers und das Auswärtige Amt stan-

den auf der Tagesordnung. Der erste Redner war Genosse Scheidemann. Mit jactischer Schärfe besprach er die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus, dessen Präsident, Freiherr v. Trezza, sich unsterblich gemacht hat durch die Auslieferung der Parlamentshoheit an die Polizei. Daß er die Hilfe der Polizei anrief, um den sozialdemokratischen Abgeordneten Vorchardt aus dem Saale entfernen zu lassen, wurde als ein Akt junckerlicher Rückständigkeit gebraucht.

Als Scheidemann dann ebenso scharf die Äußerungen des Kaisers über die Tätigkeit des elsass-lothringischen Landtages der Kritik unterzog und dabei die preußischen Zustände treffend charakterisierte, eröffnete der Reichskanzler mit seinen „nachgeordneten“ Handlangern einen Streit — er zog ostentativ aus dem Sitzungssaal mit ihnen hinaus und wartete mit seiner Rückkehr, bis Scheidemann seine Rede beendet hatte. Diese politische Kinderei erregte natürlich das Hohngelächter der Sozialdemokraten, als der ganze Regierungstab wieder einzog. Um diese Lächerlichkeit zu decken, schimpft die ganze chauvinistische und offiziöse Presse in allen Tonarten über die Sozialdemokratie, speziell über Scheidemann, der nur ausgesprochen hat, was die sozialdemokratische Fraktion denkt und was sie will. Die gesamten bürgerlichen Parteien kriechen nämlich vor den absolutistischen Reigungen Wilhelms II. zu Kreuze. Da bleibt es nur der Sozialdemokratie vorbehalten, scharf Front dagegen zu machen.

Hatte der Reichskanzler geglaubt, die sozialdemokratische Fraktion durch seinen Streit zum Schweigen zu bringen, so täuschte er sich. Der Abg. Lenich nahm sich als zweiter sozialdemokratischer Redner diese politische Kinderei vor und las dem Reichskanzler wegen seiner reaktionären Politik noch extra ein Kapitel, das er sicherlich nicht vergessen wird.

Der Präsident, Fortschrittler Kaempf, erteilte dabei den beiden Rednern eine ganze Anzahl Ordnungsrufe für Bemerkungen, die sich ganz im parlamentarischen Rahmen hielten. Der Streit des Reichskanzlers hatte den Alten nervös gemacht, der die Situation durchaus nicht beherrschte. Nun wird er dafür von fortschrittlichen Blättern zwar höflich, aber in aller Form gerüffelt. In der Tat eignet sich Herr Kaempf nicht zum Präsidenten, eben weil er die Situation nicht beherrscht, wie ihm auch der Ex-präsident Scheidemann während seiner Rede dies unzweideutig bedeutete.

Nun, es war wieder einmal Sturm im Reichstage. Es wird aber der letzte nicht gewesen sein. Die Aufgabe der Sozialdemokratie besteht darin, die Reaktion zurückzudrängen, die jeden Vorstoß mit Hölle und Schwert beantwortet. Ohne sich dadurch irritieren zu lassen, schreitet die Sozialdemokratie jedoch ruhig und fest immer weiter vor; sie ist der einzige und sichere Wall gegen die Reaktion im Reichstage, wie im Reiche.

Die auswärtige Politik wurde noch am Sonnabend, 18. Mai, vom Abg. David einer Besprechung unterzogen, die die größten Fehler aufdeckte, aber auch das ganze System als ein unhaltbares kritisierte.

Die bürgerlichen Parteien enthalten sich eingehender Reden, weil sie nach dem Wunsche der Regierung vor Pfingsten die Vertagung des Reichstages eintreten lassen wollen.

## Rundschau.

**Gegen die Kinderausbeutung.** Wie sehr es mit der Durchführung des Kinderschutzgesetzes noch im argen liegt, ergibt sich aus folgender Klage der offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“:

„Die Kontrolle über die Durchführung der betreffenden Bestimmungen läßt sich von dem Aufsichtsbeamten allein nicht oder nicht im genügenden Maße ausführen, auch ist die Unkenntnis der gesetzlichen Anordnungen in den betreffenden Elternkreisen groß. Es mußte daher damit gerechnet werden, daß namentlich die Schule ihre Mitwirkung nicht versagte. Die Lehrer arbeiten mit dem Gewerbeaufsichtsbeamten Hand in Hand. In neuerer Zeit hat sich die Maßnahme gut bewährt, daß die Klassenverzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder auch über deren Alter, über Anfang und Ende der Arbeit und darüber, ob sie im Besitz ihrer Arbeitskarten sind, Auskunft geben. Verschiedene Gewerbeaufsichtsbeamte stellen fest, daß sie in Folge dieser Neuerung erfahren hätten, wo sie eingreifen mußten und wo die Polizeibehörden aufmerksam zu machen waren. Die Schwierigkeiten der Kontrolle werden damit in etwas beseitigt. Ferner ist man vielfach im letztverflohenen Jahre dazu übergegangen, Merkblätter herauszugeben, in denen den Eltern der betreffenden Kinder kurze Auszüge aus den gesetzlichen Vorschriften mitgeteilt werden. Die Merkblätter werden den Eltern, Vormündern ufm. durch die Kinder übermittelt. Es scheint jetzt auch so, als

wenn es mit der Durchführung des Kinderzuschusses besser als früher vorangeht. Verschiedene Aufsichtsbeamte haben in ihren letzten Berichten festgestellt, daß es gelungen ist, dem Gesetze einigermaßen Geltung zu verschaffen; andere betonen, daß die Übertretungen an Zahl abgenommen haben. So läßt sich denn erwarten, daß es dem gemeinsamen Streben der staatlichen Aufsichtsbeamten und der Lehrerschaft gelingen wird, die Durchführung des Gesetzes in vollem Umfange zu ermöglichen.

Die Mitwirkung der Schule bei der Kontrolle über die Kinderarbeit ist gewiß nicht zu unterschätzen, und es ist wünschenswert, daß sie in weiterem Umfange als bisher Platz greift. Es haben sich aber aus den Reihen der organisierten Arbeiter Kinderzuschusskommissionen gebildet, die gegen den Mißbrauch der kindlichen Arbeitskraft einzugreifen sich bemühen. Leider finden sie nicht immer bei den Behörden die wünschenswerten Unterstützung, um den gewünschten Erfolg zu erzielen.

**Teuerung und Kinderlegen.** Die Einwirkungen der wachsenden Teuerung der Lebensmittel zeigen sich bereits in einer Abnahme der Geburtenziffer. Wie der Zentrumsabgeordnete Graf v. Pestalozza in der bayrischen Abgeordnetenkammer hervorhob, wurden zum Beispiel in München in den Jahren 1908 bis 1910 durchschnittlich noch 17 700 Kinder geboren, im Jahre 1911 dagegen nur noch 13 000! „Die Teuerung“, so fuhr Graf Pestalozza fort, „bringt es also in den Großstädten wenigstens mit sich, daß wir bei uns, die mit einer gewissen Verachtung auf das Dreikindersystem herabsehen, selbst ein System betreiben, das Reinkindersystem genannt werden muß und einen gefährlichen Rückgang der Bevölkerungsziffer bedeutet.“

Die Klagen des Herrn Grafen muten sonderbar an, wenn man weiß, daß gerade das Zentrum im Verein mit den Konservativen die Teuerung durch die maßlose Zoll- und Finanzreformpolitik herbeigeführt hat!

**Preissteigerung durch Ausfuhrprämien!** Im April dieses Jahres ist der Preis für Roggen gegen das Vorjahr um über 30 Prozent gestiegen! Nach den im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Marktberichten hob sich der Preis im Gesamtdurchschnitt von 14,40 M pro Tonne im April vorigen Jahres auf 18,82 M im gleichen Monat dieses Jahres. Dieser Preisstand war nur möglich, indem große Mengen deutschen Roggens weit unter diesem Preise auf dem Weltmarkt verschleudert wurden. Die Kosten dafür muß der deutsche Konsument in Gestalt von Ausfuhrprämien aufbringen. Der Zoll von 50 M verhindert ein Herabgehen des Inlandpreises auf das Niveau des Weltmarktes. Die aus der Tasche der deutschen Konsumenten gezahlten Ausfuhrprämien aber ermöglichen es, deutsches Getreide um zirka 40 M unter dem Inlandpreise im Auslande zu verkaufen. Im März des Jahres kostete z. B. Roggen pro Tonne in Markt:

Odeffa	Riga	Amsterdam	Berlin
128,54 M	143,50 M	152,50 M	187,52 M

Das „Vergnügen“, den hohen Preis zahlen zu dürfen, muß sich der deutsche Konsument teuer erkaufen. Vom 1. August vorigen Jahres bis 30. April betrug nämlich die Ausfuhrprämie allein für Roggen 2 1/2 Millionen Mark. Diese Summe ergibt sich aus der Mehrausfuhr. In den drei letzten Jahren gestaltete sich die Ein- und Ausfuhr von Roggen für die angegebenen Perioden wie folgt:

Ausfuhr in 1000 dz	1909/10	1910/11	1911/12
Ausfuhr in 1000 dz	2 316	4 121	2 744
Ausfuhrüberschuß in 1000 dz	5 536	6 845	7 488
Absolute Ausfuhrprämie in M	3 220	2 724	4 694
Absolute Ausfuhrprämie in M	16 000 000	13 620 000	23 470 000

Mit dem Anschwellen des Ausfuhrüberschusses häuft sich naturgemäß auch die Summe der Ausfuhrprämie. Schon lange gibt die Ernährung weiter Volksschichten zu begründeten Bedenken Anlaß. Nun schnellen die Lebensmittelpreise rapid in die Höhe, Gemüße ist nicht aufzutreiben und die Getreideexporteure erhalten in Gestalt von Einfuhrscheinen aus der Reichsstafte viele Millionen, damit sie deutsches Getreide billig ins Ausland bringen können und der Preis im Inlande weiter in die Höhe geht. Diese nationale Wirtschaft hat uns in den letzten neun Monaten insgesamt 30 474 437 M gekostet. Das Volk schreit nach Brot, die Regierung und die bürgerlichen Parteien beantworten den Schrei mit neuen Belastungen, um den Hunger des Militarismus zu befriedigen.

**Unternehmernachte.** Die bürgerliche Presse weiß der stauenden Mittelwelt zu berichten:

„Der Hauptausfluß nationaler Arbeiterverbände hat an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände die Bitte gerichtet, bei Ansperrungen die Arbeiter, die einem seiner Verbände angehören, nicht mit anzusperrern und sie, falls es doch zu einer Betriebs Einstellung kommt, durch Einstellung in andere Betriebe vor Not zu schützen.“

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände ist offensichtlich auf die Erfüllung dieser Bitte bedacht, denn er hat nicht nur seinen Mitgliedern von der Anregung des Hauptausflusses nationaler Arbeiterverbände Kenntnis gegeben, sondern auch ersucht, sich gegebenenfalls seiner Vermittlung zu bedienen.

Es bedürfte nicht erst dieser sehr durchsichtigen Reklame für die nationalen Arbeitervereine, um sie als allezeit getreue Frivolose der Unternehmer nochmals in besondere Erinnerung zu bringen. Niemand erwartet von ihnen etwas anderes, als daß sie, ihrer Menschenwürde bar, unentgeltlich dem Grundgesetz hulbigen: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Der liebe Gott sorgt schon dafür, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen, weshalb sie in ihrer Bedeutungslosigkeit den Unternehmern bei Ansperrungen nicht viel nützen können. Die noch einmal öffentlich behandelte Knechtsgehung ist eine für manchem etwas anrüchige Geschäftsreklame.

## Bericht von der Generalversammlung zu Hamburg.

**1. Sitzung.**  
Montag, 13. Mai.  
Kollege Hadelberg begrüßt die Generalversammlung und wünscht, daß ihre Verhandlungen zum Wohle der gesamten Tabak-

arbeiter ausgehen mögen. Vor allem sei es wünschenswert, daß die Verschmelzung mit dem Sortiererverband zustande kommen möge. Die Hamburger Kollegenschaft habe für dieses Ziel, sowie für die ganze gewerkschaftliche Organisationsarbeit lebhaft mit- und vorgearbeitet. Auch die politische Tätigkeit der Arbeiterbewegung fand in den Hamburger Tabakarbeitern rege Förderer. Redner gibt ein Bild von der Entwicklung der Tabakarbeiterorganisation in Hamburg und Umgebung. Ferner gedachte er der schweren Lohnkämpfe, die in der Tabakindustrie Hamburgs zu führen waren. Das Unternehmertum habe die Bewegung jedoch nie niederrücken können. Es verlegte die Produktion in Gegenden, wo niedere Löhne gezahlt werden. Redner begrüßt nochmals herzlich die Anwesenden. (Beifall.)

Darauf ergreift Kollege S t a m m - Braunschweig als Alterspräsident das Wort und läßt das Bureau wählen. Gemählt werden als Vorsitzende die Kollegen Ostertag - Altona und H u n g - Nordhausen; als Schriftführer die Kollegen Müller - Eger, M r o s a n - Dresden, S c h ü r t e d - Wustedt und die Kollegin O t t i n e - Berlin.

Dann wurde eine Revisions- und Beschwerdekommission von sieben Delegierten, sowie eine Wahlprüfungskommission von fünf Personen gewählt.

Die Generalkommission delegierte den Genossen C o h e n zur Generalversammlung.

Der Vorsitzende begrüßt im Namen der Generalkommission die ausländischen Kollegen Bruens - Amsterdam und Knudsen - Kopenhagen.

Kollege Bruens - Amsterdam bringt die Grüße der holländischen Kollegen an die Generalversammlung und wünscht ihrem Werke guten Erfolg. Die Organisation der Tabakarbeiter nehme auch in Holland ihren Fortgang. Die Einigung aller Branchen der Tabakindustrie sowie die internationale Verbrüderung der Tabakarbeiterorganisation sei für die Hebung der Lage aller Tabakarbeiter ein unbedingtes Erfordernis. Redner schildert die Schwierigkeiten, die der Organisation der Tabakarbeiter in Holland entgegenstehen, wo mehrere Richtungen einander gegenüberstehen. Kameraden, tut alles, was ihr könnt, um in Deutschland die geplante Vereinigung zustande zu bringen und damit eurer wie der internationalen Tabakarbeiterbewegung neue Kraft zu geben. Das wird gute Früchte bringen!

Kollege D e i c h m a n n übersetzte die in holländischer Sprache gemachten Ausführungen Bruens.

Danach wurde die Geschäftsordnungsvorlage beraten und unverändert angenommen.

Kollege D e i c h m a n n erstattet Bericht für den Vorstand. Das kein gedruckter Bericht vorliegt, liegt daran, daß eine Reihe von Zahlstellen ihre Berichte nicht einschickten, ferner, daß Kollege Eberle aus dem Vorstand ausgeschieden ist. Einen Ersatz bieten die Jahresberichte.

Schon in der Braunschweiger Generalversammlung mußten wir uns mit der neuen Tabaksteuer beschäftigen, die ungeheuren Schaden für die Tabakarbeiter gebracht hat. Nicht nur die direkte Arbeitslosigkeit war eine Folge, die neue Steuer hinderte auch die Arbeiter, mehr zur Hebung der Löhne zu tun, die bekanntlich in der Tabakindustrie mit am niedrigsten stehen. Die Zahl der Betriebe und der Arbeiter ging 1910 stark zurück. Bis jetzt ist die Zahl der Betriebe, wie vor der Steuer, nicht wieder erreicht worden. Trotz der Bevölkerungszunahme ist der Konsum an Tabakfabrikaten zurückgegangen. Von allen Branchen ist die Zigarrenindustrie am schwersten betroffen worden, speziell in Westfalen, im Bremer und Hamburger Bezirk.

Unter solchen Umständen mußte auch unsere Organisation leiden, die höhere Ausgaben für Unterstützung der Arbeitslosen machen mußte. Staatsunterstützung wurde bekanntlich trotz aller Proteste im Reichstage im Jahre 1911 gar nicht mehr gezahlt. Redner kritisiert die Haltung der bürgerlichen Parteien speziell des Zentrums zu dem Artikel II a des Tabaksteuergesetzes. Vertreter des Vorstandes und des Sortiererverbandes wurden beauftragt, über die Handhabung dieses Artikels II a mit dem Schatzsekretär des Reiches zu unterhandeln. Bei diesen Unterhandlungen, an denen auch der christliche Verband beteiligt war, wurde einiges zugunsten der Arbeiter geändert. Aber die Arbeitslosigkeit wurde stärker, als vorausgesetzt. Die bereit gestellten Unterstützungsmittel reichten nicht. Aber die Regierung hemmte sich gegen Gewährung weiterer Mittel. Wären es Junter gewesen, die etwas gefordert hätten, dann wäre ihnen mit vollem Händen bewilligt worden, aber die armen Tabakarbeiter wies man ab, obgleich sich jetzt herausgestellt hat, daß große Ueberschüsse aus den Steuern gemacht worden sind, so daß es auf ein paar lumpige Millionen Mark zur Vinterung des Glens nicht hätte ankommen können. Die Regierung drängte auf schnellen Abbau der Unterstützung. Und wie ist nun der Abbau betrieben worden! Beihilfenartige waren es, die noch als Unterstützung bezeichnet wurden. Redner zergliedert die darauf bezügliche Verfügung, gegen die von den Vertretern der Arbeiter im Reichstage zwar protestiert wurde, die trotzdem aber zur Anwendung kam. Sogar die Forderung nach einer einzigen Million Mark zur weiteren Unterstützung wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten im Reichstage abgelehnt.

Nun mußte unser Verband im Jahre 1911 stärker helfend eingreifen. Daher hat der Vorstand jene Beschlüsse in Vereinbarung mit dem Vorstand des Sortiererverbandes gefaßt und in Kraft gesetzt, die über das Statut hinaus höhere Unterstützungen feststellen. Dafür erbitten wir Inbenedikt von der Generalversammlung. Auch heute sind die schlimmsten Folgen der Steuern nicht überwunden, wie aus einer Reihe amtlicher und anderer Anzeigen hervorgeht. Die Entwicklung unseres Verbandes hat auch heute noch darunter zu leiden. Wäre unsere Organisation nicht vorher durch das Gauleitersystem ausgebaut worden, dann wäre der Rückgang durch die Steuer noch schlimmer gewesen.

Bei der Entwicklung unseres Verbandes kommt jetzt sehr in Betracht, daß die männlichen Mitglieder nicht mehr überwiegen, sondern daß die weibliche Mitgliederzahl ebenso hoch ist. Nun wird dahin gehandelt werden müssen, daß unsere Kolleginnen lebhafter an den Geschäften des Verbandes teilnehmen, dann wird der Verband rascher vorwärts kommen und immer mehr das Vertrauen der großen Zahl der uns noch fernstehenden Tabakarbeiterinnen erringen.

Redner geht dann auf die Lohnbewegungen seit der letzten Generalversammlung ein. Er schildert die Absicht der Unternehmer, die Löhne auf niedrigen Stand zu erhalten. Um ein geringes haben wir im Jahre 1911 die Löhne durch unser Bestreben erhöhen können. Durchschnittlich beträgt diese Erhöhung im Jahre 16 M pro Person. Auch die Arbeitszeit ist durch die Tätigkeit des Verbandes etwas vergrößert worden. Aber gerade auf dieses Ziel muß mehr hingearbeitet werden.

Auch die Tarifbewegung hat Fortschritte gemacht, muß aber weiter gefördert werden. Die Unternehmer stellen sich dem entgegen und machen unbilligste Einwände dagegen. Sie tun dies aus demselben Grunde - nämlich die Löhne niedrig zu halten. Redner schildert die Tarifverhältnisse in den einzelnen Bezirken.

Im letzten Jahrzehnt breitete sich der Verband speziell in Westfalen mehr aus, weil die Arbeitsverhältnisse sich dort sehr änderten. Die Art der Fabrikation erforderte feinere und intensivere Arbeit. Die landwirtschaftliche Arbeit der Tabakarbeiter wurde geringer, die industrielle trat mehr hervor. Aber der Verlohn reicht nicht aus - man mußte die weitaus Tabakarbeiter nach höheren Löhnen drängen, die nur mit einer Organisation zu erringen sind. Den Anlaß an die Organisation suchten die Unternehmer zu hindern, sie schlossen sich zu diesem Zwecke zu dem westfälischen Zigarrenfabrikantenverband an. Sie verpflichteten sich zu Konventionen, daß keine eine Lohnerhöhung selbständig vornehmen dürfte. Daran ging der große westfälische Kampf der Tabakarbeiter im letzten Jahre hervor. Redner schildert einzelne Phasen dieses Kampfes.

Aus eigener Kraft konnten wir ihn leider nicht führen, wir mußten die Hilfe der Arbeiter Deutschlands dazu in Anspruch nehmen. Mit dieser Hilfe gelang es uns, den Vorstoß der Fabrikanten zurückzuweisen. Nun werden wir in Zukunft dafür sorgen müssen, daß höhere Löhne auch erringen werden.

Unser Dank für die Hilfe der Arbeiterschaft Deutschlands wollen wir insofern an besten abtun, daß wir unsere Organisation ausbauen, durch höhere Verbandsträge zur Stärkung unserer Kampfe selbst mehr beitragen. (Beifall.)

Gegen den an der Ansperrung beteiligten christlich organisierten Arbeitern waren wir viel härter an der Ansperrung be-

teiligt, haben die Schwierigkeit der Lage doch überwunden. Schmer wurden auch die Sortiererbetriebe getroffen; die Sortierer halfen uns solidarisch den Kampf durchzuführen. Gerade das zeigt, daß es die höchste Zeit ist, eine Verschmelzung der beiden Verbände zur Durchführung weiterer Kämpfe im Interesse der beiden Branchen durchzuführen zu können.

Nicht zu übersehen ist die Schwierigkeit, daß durch die Tabaksteuer viele Tabakarbeiter überflüssig geworden sind.

Nach der Braunschweiger Generalversammlung traten die Sortierer unverhofft an uns wegen einer Verschmelzung heran. Wir glaubten nicht, daß dies so schnell geschehen werde. Gemeinsam mit Vertretern des Sortiererverbandes haben wir dann die bekanntesten Einigungsvorschläge ausgearbeitet, die im wesentlichen auf einer Generalversammlung des Sortiererverbandes zur Annahme gelangten.

Nun bitte ich Sie, alles zu tun, die Verschmelzung herbeizuführen. Später können wir abändern, was wir für die gemeinsame Organisation notwendig halten. Aber nur gemeinsam mit den Sortierern kann unsere Organisation zum Wohle aller Tabakarbeiter vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall.)

Der Kassierer des Verbandes, Kollege Nieder - Belland gibt dann den Bericht über die Kassenverhältnisse.

Kollege E i l l e n erstattet Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses, der sehr wenig Gelegenheit gehabt habe, einzugreifen. Gerade in der letzten Geschäftperiode sind sehr wenig Beschwerden gegen den Vorstand eingegangen, 12 im Ganzen, 11 davon sind als unbeschäftigt betrachtet worden, sie waren aber von geringer Wichtigkeit. Ein Streitfall in Frankenberg schwebt noch. Der Ausschuss kam in diesem Falle nicht in die Lage, einen Entschluß zu fassen, da inzwischen die Verhältnisse, die zum Streit führten, sich änderten. In der Frage der Gemahrgeldestunterstützung entschied der Ausschuss konform der Beschlüsse des Vorstandes. Die Beschwerdekommission wird die Angelegenheit noch zu prüfen haben. Der Verband hat sich vorwärts entwickelt; hoffen wir, daß es noch schneller vorwärts geht.

In der auf diese Berichte eröffneten Diskussion ergreift niemand das Wort.

Es wird dann über den Antrag des Vorstandes, der die Inbenedikt für die Handlung des Vorstandes über die erweiterte Arbeitslosenunterstützung nachsucht, die Debatte eröffnet. Ohne Debatte wird die Inbenedikt erteilt.

Ferner genehmigt die Generalversammlung die in der letzten Geschäftsperiode erfolgte Anstellung der Gauleiter Durban, Stod und Hengschel.

Kollege H a d e l b e r g macht auf die Zigarrenaussstellung aufmerksam, an der 53 Firmen beteiligt sind und gibt eine Erklärung dazu. Darauf tritt die Mittagspause ein.

**Nachmittagsitzung vom 13. Mai.**

Kollege Knudsen - Kopenhagen übermittelt der Generalversammlung die herzlichsten Grüße der dänischen Kollegen. So klein Dänemark im Verhältnis zu Deutschland ist, so doch die Organisation stark fortgeschritten. In der Tabakindustrie seien 90 Prozent der Arbeiter organisiert, speziell in der Zigarrenindustrie sogar 100 Prozent. (Bravo!) Auch in der Verkürzung der Arbeitszeit und der Lohnhöhe haben wir Fortschritte gemacht. Die Löhne sind um 60 Prozent gehoben und die Arbeitszeit von 11 auf 8 Stunden herabgebracht worden. (Bravo!) Wir haben viel von der deutschen Arbeiterbewegung gelernt und wünschen daher, daß die Generalversammlung auch wieder Fortschritte bringt, die auch für uns günstig wirken. (Lebhafter Beifall.)

Kollege R o h n hielt dann das Referat zu dem Punkt der Tagesordnung, der die Verschmelzung mit den Sortierern betrifft. Er schildert, wie aus den Verhältnissen heraus die beiden Organisationen sich gebildet haben. Auf beiden Seiten waren verschiedene Grundanschauungen vorhanden. (Sehr richtig!) Die Sortierer hatten Unterstützungsvereine geschaffen, die in unserem Verband nicht gewünscht wurden, so die Arbeitslosenunterstützung. Jahrelang dauerten die Differenzen wegen dieses Unterschiedes. Bei uns wurde der Kampfcharakter der Organisation stark hervorgehoben, obgleich wir wegen der Schwäche unserer Organisation an große Kämpfe nicht denken konnten. Dann ist auf verschiedenen Generalversammlungen viel über Verschmelzung geredet worden, aber zur Verwirklichung kam es nicht. Es sind dann Erhebungen über Arbeitslosigkeit in unserem Beruf beschlossen worden, denn man sagte, die Arbeitslosigkeit sei so groß, daß wir unerschwingliche Beiträge erheben müßten, wenn wir die Arbeitslosenunterstützung einführten.

Erst in der Dresdener Generalversammlung kam die Reorganisation: nicht nur Arbeitslosen-, sondern auch Krankenunterstützung wurde eingeführt. Aber der Stein des Anstoßes wurde damit nicht hinweggeräumt, der der Verschmelzung entgegenstand. Die Sortierer hielten sich trotz unserer Reorganisation reserviert.

Die Generalversammlung der Sortierer im Jahre 1905 sollte sich dann mit dem Vorschlage der Verschmelzung befassen, aber es wurde abgelehnt, einen bestimmten zukünftigen Entschluß zu fassen. Dagegen wurde eine Resolution gefaßt, die auf unserer Seite als eine Ablehnung betrachtet und scharf kritisiert wurde. Unsere Generalversammlung im Jahre 1905 beschäftigte sich zwei Tage mit der Frage und erteilte dem Vorstand den Auftrag, abwärts mit dem Vorstand des Sortiererverbandes zu verhandeln. Aber alles führte zu keinem Erfolge.

Endlich brach das Eis. In unserer Generalversammlung zu Braunschweig erklärte das Vorstandsmitglied des Sortiererverbandes, Kollege K r n h o l d, er werde in der Generalversammlung der Sortierer für die Verschmelzung wirken. Dann kamen die Verhandlungen der letzten zwei Jahre. Dabei kamen die sachlichen Schwierigkeiten zur Sprache, die der Verschmelzung im Wege standen. Die finanziellen Unterschiede waren ein Hindernis, das schwer zu überwinden war. Aber mit der ersten Arbeit für die Verschmelzung gelang doch die Ueberwindung. Nun liegt der Entwurf zur Verschmelzung vor, der allerdings ein Kompromiß darstellt.

Auf unserer Seite ist oft gesagt worden, der Entwurf sei nach dem Statut des Sortiererverbandes gestaltet worden. Das ist nicht richtig, die Grundlage richtet sich nach unserem Statut trotz aller Veränderungen. Darum müßten wir die Veränderung der Staffellung der Beiträge vornehmen, die deshalb vorgenommen wurde, um die Mitglieder zu halten. Das letztere ist immer ein schwieriger Punkt gewesen. Wir nahmen oft in einem Jahre sehr viel neue Mitglieder auf, ohne sie zu behalten. Wir glauben nur nach der Staffellung die Fluktuation einzubändigen. Das ist eine Hauptfache für den Neuaufbau der Organisation, denn wir müssen ständige Mitglieder haben, die auch eine Stärkung unserer Finanzen mit sich bringen.

Was nun die Anträge anlangt, die zur Verschmelzung gestellt sind, so sind solche darunter, über die wenig zu reden ist. Solche Wünsche können bei der Ausbildung unserer Industrie nicht die volle Berücksichtigung finden, wie man sich das vorstellen kann. Dierher gehört auch der Dresdener Antrag.

Dann wollen einzelne Anträge eine Änderung der Krankenunterstützung, die einen Rückschlag bedeuten. Der Beschluß der Braunschweiger Generalversammlung über die Krankenunterstützung war unserm Verband günstig. Jetzt will ihn ein Antrag beseitigen. Die Antragsteller hätten sich die Jahresabrechnung ansehen sollen, dann konnten sie nicht zu einem solchen Antrag kommen. Redner führt rechtzuerst aus, wie schwer der Verband belastet worden wäre, wenn der Beschluß nicht gefaßt worden wäre.

In einem Jahre wären wir bankrott, wenn wir diese Anträge annehmen würden. Das zeigt, wie die Kassenverhältnisse bei diesen Anträgen nicht berücksichtigt wurden.

Wenn wir jetzt zu dem Entschluß der Verschmelzung gezwungen sind, so durch den Kampf in Westfalen. Das sehen auch die Sortierer ein, die heute morgen darüber gesprochen haben.

Kollegen, geht mit Ruhe an die Beratung. Denkt dabei daran, daß wir die Organisation zu weiteren Kämpfen stärken.

Zur praktischen Erledigung schlägt der Vorstand vor, eine Generaldiskussion über die Verschmelzung vorzunehmen, dann eine Kommission zusammenzusetzen, der von uns 14 Mitglieder angehören, dazu eine Vertretung der Sortierer von 7 Personen, die dann alle Wünsche noch einmal zu prüfen hat. Danach muß die Verschmelzung erfolgen, wenn wir die Sache nicht zum Schanden der Tabakarbeiter noch länger hinausschieben wollen. (Beifall.)

Der Vorsitzende eröffnet die Generaldiskussion zu dem Verschmelzungsentwurf und den dazu gestellten Anträgen.

Kollege D e i c h m a n n - Bremen legt nochmals dar, wie der Vorstand sich die Erledigung der Beratung vorgestellt habe.

# Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 21

Sonntag, den 26. Mai

1912.

## An die deutsche Arbeiterschaft!

**Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften!**  
Die Arbeiterbewegung ist auf den verschiedensten Gebieten mit Erfolg bestrebt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ueber zwei Millionen deutscher Arbeiter haben sich in den Gewerkschaften vereinigt, um das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, um kürzere Arbeitszeit, auskömmliche Löhne, gesundheitlichen Schutz und anständige Behandlung herbeizuführen. Tausende von Tarifverträgen für mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter sind ein erfreulicher Beweis ihres erfolgreichen Wirkens.

Nicht minder sind die deutschen Konsumgenossenschaften, die heute bereits 1 1/2 Millionen Familien umfassen, unausgesetzt bemüht, die Arbeiter als Konsumenten zu organisieren, um sie zur Selbstbeschaffung ihres Lebensbedarfs nach den Grundrissen moderner Volkswirtschaft, und in weiterer Entwicklung zur Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zu ziehen.

Wie die Gewerkschaften bestrebt sind, der Arbeiterschaft immerfort neue Kulturkräfte zu erschließen und den Lebensinhalt des Arbeiters zu bereichern, so will auch die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Mitglieder daran gewöhnen, nur gute Qualitätszeugnisse zu kaufen, nicht einzig das Billigste, sondern immer nur das Beste zu wählen und auch den Verhältnissen, unter denen diese Erzeugnisse hergestellt werden, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Arbeiter als Käufer kann durch die Kaufkraft seines Geldes wirtschaftlichen Einfluß auf die Lage des Arbeiters als Produzent ausüben, wenn er alle Waren zurückweist, die nicht unter gewerkschaftlichen Bedingungen hergestellt sind, und nur solche kauft, bei denen jedem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz gewährleistet ist. Und da jeder Arbeiter ebenso wohl Erzeuger als Käufer von Waren ist, so gebietet ihm sein eigenes Interesse, von diesem wirtschaftlichen Einfluß Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit dazu bietet die Konsumentenorganisation, für deren Erstarbung ein jeder nach besten Kräften wirken muß.

Die Tätigkeit der Konsumentenorganisation richtet sich in erster Linie auf die Beschaffung guter und preiswerter Nahrungsmittel und Genussmittel, Haushalts- und Bekleidungsgegenstände und Bedarfsartikel aller Art. Da in den Gewerben, die sich mit Herstellung dieser Artikel befassen, die Arbeitsverhältnisse vielfach weit hinter den gewerkschaftlich geregelten zurückstehen, und da ferner ganz besonders Nahrungsmittel- und Genussmittel-, sowie Bekleidungsgegenstände, sofern sie unter ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, den Käufer und seine Familie gefährden können, so ist hier ein zielbewusster Einfluß der organisierten Konsumenten zu erstreben.

Eine der ungesundesten und gemeinschädlichsten Arbeitsweisen ist die Heimarbeit. Die dort herrschende niedrige Entlohnung bildet die Ursache dafür, daß in ihrem Bereich alle ungesunden und volkswirtschaftlich schädlichen Verhältnisse sich anhäufen. Lange Arbeitszeit, Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern, Kranken und Invaliden, gesundheitsschädliche Wohn- und Arbeitsräume, Unreinlichkeiten, ungenügende Trennung der Arbeitszeugnisse von erkrankten Familienmitgliedern, das alles macht die Heimarbeit zu einem Gefahrenherd für die gesamte Arbeiterschaft. Die Möglichkeit der Übertragung von Ansteckkrankheiten ist bei dem Mangel jeglicher Kontrolle nirgends leichter als hier. Die Billigkeit solcher Heimarbeitserzeugnisse bietet keinen Ersatz für diese Nachteile. Sie erhöht im Gegenteil die Gefahr der Seuchverbreitung.

Gegen diese Mißstände sollte die Gesetzgebung energisch einschreiten. Da das zurzeit nicht der Fall ist, so müssen die Arbeiter selbst als Erzeuger wie als Käufer sich gegen diese Gefahren zu schützen suchen. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Heimarbeit einzuschränken, mindestens aber sie der gewerkschaftlich-tariflichen Regelung zu unterstellen.

Die Mitglieder der Konsumvereine dagegen müssen strenge Kontrolle beim Wareneinkauf halten und unachtsamlich alle Waren zurückweisen, die in der Heimarbeit, in Schwarzverhältnissen oder unter sonst ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind. Je gewissenhafter die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine diese Kontrolle ausüben, um so mehr werden sie eine Stütze gewerkschaftlicher Arbeitsbedingungen sein, und um so mehr wird es dem organisierten Konsum möglich sein, diese veralteten Erzeugungsmethoden durch eine modern-wirtschaftliche Eigenproduktion abzulösen.

Vor allem ersuchen wir die gewerkschaftlich, wie genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft, künftig keinerlei Heimarbeitserzeugnisse derjenigen Fabrikationszweige mehr zu kaufen, in denen durch genossenschaftliche Eigenproduktion die sichere Gewähr für den Bezug einwandfreier Bedarfsartikel gegeben ist.

Wir bitten ferner alle Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine, für die weitere ständige Aufklärung der Arbeiter in diesem Sinne tätig zu sein, und richten das Ersuchen an die gesamte Arbeiterpresse, dieses Bestreben nachhaltigst zu unterstützen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
Der Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine.

## Bericht von der Generalversammlung zu Hamburg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Barerweke ist ein Gauleiter aus dem Süden, Kollege Stod, dagegen aufgetreten. Die süddeutschen Verhältnisse gebieten doch die gewünschte Aenderung. Der Zigarbeiterverband hat gute Erfahrung mit der Einrichtung gemacht. Es ist nichts zu riskieren, wenn wir den Versuch machen. Mit Jugendzuschüssen zwischen einzelnen Gewerkschaften ist nichts zu erreichen. Wollte man bei der Partei Anschlag damit suchen, fände man Abweisung, denn die Gewerkschaften werden von dieser Seite gerade schärf zurückgedrängt. (Widerspruch.) Wir müssen die Jugend selbst heranziehen.

Albthynger - Pfungstadt verteidigt den Pfungstädter Antrag. Die Sortierer haben mit einer Jugendlichengruppe ebenfalls solche Erfahrungen gemacht.

Frau Blumenthal - Nordhausen ist gegen die Beschränkung der Unterstützung im Höchstfalle (§ 7), ebenso gegen die Herabsetzung der Krankenunterstützung. Von der Erhöhung der Beiträge muß bei den geringen Löhnen in der Kantabranche Abstand genommen werden.

Meyer - Hohenheim ist gegen die Einführung einer Klasse für die Jugendlichen. Etwas Erprobendes läme dabei nicht heraus. Wir fordern nur zu niedrigen Beiträgen damit heraus. Das hat schlimme Konsequenzen. — Die Unterstützungsfrage in der 2. und 3. Klasse sollten gleichgestellt werden, da gleiche Beiträge festgesetzt sind. Alle Kämpfe bisher müssen uns veranlassen, für künftige Kämpfe vorzujagen, daher ist eine Beitragserhöhung nicht abzulehnen. — Die Dresdener Kollegen sollten sich selbst einen höheren

Localbeitrag schaffen, die dortigen intelligenten Arbeiter werden die Notwendigkeit begreifen.

Frau Schilling - Böbeln schlägt sich dem Vorredner an. Eine Ausgleichung der Unterstützungsfrage ist nötig, sowohl mit Rücksicht auf die männlichen Mitglieder, wie die weiblichen. Ich fürchte keine Abnahme der weiblichen Mitglieder, wenn die neuen Sätze eingeführt werden. — Die Jugendlichen werden bei den Verhältnissen in unserer Branche sehr wohl die jetzigen Beiträge zahlen können, sie müssen dazu erzogen werden.

Beuch - Schwewe ist ebenfalls gegen die Einrichtung einer Jugendklasse, ebenso gegen den Antrag Dresden, Localbeiträge beizubehalten.

Büchner - Neilingen erklärt, daß die Zahlstellen seines Kreises mit dem Entwurf des Vorstandes einverstanden sind. Nur die Beschränkung der Höchstunterstützung nach § 7 wünschen wir beseitigt. Von der Jugendlichengruppe versprechen wir uns keinen Erfolg. Mit der Einrichtung geringer Beitragssätze erringen wir für die Organisation nichts. Agitatorisch wird mehr vorgegangen werden müssen, dazu brauchen wir mehr Mittel. Der Vorstand sollte zweimal im Jahre im 8. und 9. Gau eine Agitation vornehmen lassen, das tut sehr not.

Marie Ostinde - Berlin tritt nochmals für die Wahl eines Zigarbeiterarbeiters in den Vorstand ein. Es ist viel gegen und für die Einrichtung der Jugendklasse gesagt worden. Speziell haben die Redner mehr lokale Verhältnisse im Auge gehabt. Trotz allen Experimentierens wird doch vielerorts dahin gedrängt, die Einrichtung zu schaffen. Man kann den Jugendlichen gestatten, in eine höhere Beitragssatzklasse überzutreten. Aber herangezogen sollen sie werden, auch muß man ihnen Unterstützungen bieten. Diese können bedingt sein. Nach und nach ziehen wir so die Jugendlichen heran. Die Anträge werden später wiederkommen, wenn sie jetzt nicht angenommen werden.

Lühneburg - Speier wendet sich gegen die Herabsetzung der Krankenunterstützung, dagegen ist er nicht gegen Herabsetzung der Streikunterstützung.

Fischer - Erfurt: Auch wir sind für die Verschmelzung mit den Sortierern, obwohl wir mit ihnen wegen ihrer agitatorischen Freiheit immer in Fehde gelegen haben. Redner tritt für den Erzieher Antrag ein.

Stod - Heidelberg erwidert dem Kollegen Miegel, die Motive, die ihn gezwungen, gegen die Jugendklasse aufzutreten, seien die, daß die Löhne der Jugendlichen nicht immer niedriger seien, wie die älterer Kollegen. Wo Lehrverträge bestehen, gewinnen wir die Jugendlichen sowieso nicht. Die Jugendlichen wollen doch Vorteile von der Organisation haben, aus Idealismus treten sie nicht bei, dazu fehlt ihnen doch noch das nötige Verständnis. Ohne Unterstützung gewinnen wir keine Jugendlichen, das beweist übrigens der Mißerfolg der Sortierer und anderer. Wir streuen mit den Anträgen, die eine Jugendklasse wollen, rückwärts.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Stroh - Bremen führt im Schlußwort aus, daß die Debatte ausgedehnt gewesen sei. Aus dem Reden sei hervorgegangen, daß man mit dem Entwurf einverstanden sei und daß man nur Einzelheiten noch geändert wissen wollte. Stamm sollte alte Verhältnisse auf die wir aber vergessen oder ruhen lassen müssen, damit die Einigkeit hergestellt wird. — Mit der Einführung einer Jugendklasse, d. h. einer niedrigeren Beitragssatzklasse, machen wir einen Rückschritt. (Zustimmung.) Unter der verschiedenartigsten der Löhne und des Arbeitsverhältnisses an vielen Orten ist auch kein Erfolg zu erzielen, die Einrichtung würde in der Luft hängen. Um den Kampfcharakter des Verbandes zu wahren, müssen wir im Gegensatz zu Lützenburger Ausführungen die Arbeitslosenunterstützung vorsehen als Unterstützungsgegenstand und ihn ausbauen. Von der Arbeitslosenunterstützung darf nichts abgestrichen werden. Darum dürfen wir auch nicht daran denken, die ersten drei Krankheitsstage Unterstützung zu zahlen, nachdem wir das abgelehnt haben. — Die Arbeit für den Entwurf war nicht leicht, da die Sortierer 14 Klassen hatten, wir waren sehr froh, als es uns gelungen war, die vorgeschlagene Klassenreduzierung zu schaffen. Die Braunschweiger Generalversammlung hat uns das erleichtert, ihre Beschlüsse waren vorausschauend. — Der Antrag Dresden, den Beitrag um 5 % zu erhöhen und diese Summe in der Localklasse zu lassen, ist befremdend. Die Dresdener Kollegen können ebenfalls einen speziellen Localbeitrag schaffen, wie viele Zahlstellen im Osten, Norden und Süden. Die Löhne in Dresden sind nicht schlechter wie dort. Durch eine Resolution kann den Zahlstellen dringend empfohlen werden, Localbeiträge einzurichten; wir müssen diese Localbeiträge um der lokalen Verhältnisse willen haben. Ausgleichen kann nur durch die Localbeiträge gewirkt werden. — Die Lohnkämpfe erfordern, daß die Unterstützungen nach den Beiträgen stufenweise gestaltet werden. Am meisten angefeindet ist die Unterstützung nach der Zahl der Kinder. Ganz konsequent konnten wir diese Unterstützung um der Klassenverhältnisse willen nicht durchführen. Auch andere Verbände, so der Metallarbeiterverband, haben die gleiche Einrichtung und ich bitte, es dabei zu lassen.

Es ist richtig, daß die Selbständigen an den Lohnkämpfen Interesse haben, sie können gar nicht wollen, daß wir um ihre Willen zwei Arten von Mitgliedern schaffen. — Die Unterstützung im Sterbefall ist ein Kompromiß; die Sortierer hatten weitgehendere Unterstützung, die wir begrenzen mußten. Aus diesem Grunde bitte ich, den Passus bestehen zu lassen. Einzelne Redner wollen verschiedene Unterstützungen erhöhen, aber Beitragserhöhung nicht. Das ist unvereinbar, weil uns dann die Mittel für die höheren Unterstützungen fehlen. Ohne 10 % Beitragserhöhung sind die Wünsche nicht zu realisieren. Wer will aber eine solche Beitragserhöhung? Niemand. Also müssen wir es bei dem Aufbau des vorliegenden Entwurfs belassen. Es lassen sich nicht einzelne wichtige Steine herausbrechen. Kollegen, haltet den Kampfcharakter der Organisation im Auge, dann wird uns das Werk der Einigung leichter gelingen.

Folgender Antrag gelangt zur Abstimmung und wird einstimmig angenommen:

Die 15. Generalversammlung erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, auf der Grundlage der vorgelegten Einigungsversuche die Vereinigung des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbinder Deutschlands mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband herbeizuführen.

Es überweist alle vorliegenden Entwürfe, betreffend das Statut, das Streitreglement und das Wahlreglement, sowie alle hierzu gestellten Anträge der von beiden Verbänden eingesetzten Kommission von 21 Mitgliedern als Material zur Formulierung der Einigungsbestimmungen.

Darauf erstattet die Revisionskommission Bericht, die nach den Angaben des Kollegen Langner keine Ausstellungen zu machen hatte, daher und Kasse in Ordnung fand und daher beantragt: dem Gesamtverband und dem Ausschuß Entlassung zu erteilen. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Der Vorsitzende Deichmann schlägt vor, die Bewerbungen für den durch den Abgang des Kollegen Geise vakant gewordenen Vorstandsposten der 21. Kommission zu überweisen. Der Vorschlag wird angenommen.

Die Mittagspause tritt ein.

Am Dienstag, 14. Mai.  
Den Gegenstand der Beratung bilden die Anträge unter 6. Allgemeine Anträge.

Frankfurt a. M. und Karlsruhe stellen den Antrag, die Generalversammlung möge die erforderlichen Schritte einleiten, um einen großen Verband der Nahrungs- und Genussmittelbranche zur Tat werden zu lassen.

Geyer - Leipzig schlägt vor, den Antrag abzulehnen, da die Verhältnisse der Genussmittelbranche so verschieden seien, daß es nicht ratsam sei, das Projekt in Angriff zu nehmen. In der Schweiz habe man mit der Zentralisation der Gewerkschaften der Genussmittelbranche nicht Erfahrungen gemacht, die uns ermutigen könnten, dem nachzueifern, obgleich in der Schweiz die Verhältnisse noch anders liegen, wie in Deutschland. Jetzt haben wir zu tun mit der Zentralisierung der Branchen in unserem Beruf; erst wollen wir das vollziehen und dann sehen, welchen Gang die Entwicklung nimmt.

Deichmann - Bremen schlägt vor, den Antrag dem Vorstand zu überweisen.

Das letztere wird beschlossen.

Der Antrag Frankfurt a. M., den Mitgliedern, die an Orten sich befinden, an denen keine Zahlstelle ist, vom Bevollmächtigten der Zahlstelle, an den sie ihre Beiträge entrichten, eine Legitimationskarte ausstellen zu lassen, wurde abgelehnt.

Antrag Bauken will, daß die Beiträge zu den örtlichen Kartellen die Hauptkasse trägt.

Deichmann - Bremen ersucht unter eingehender Begründung, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag Halle will schnellere Mitteilung auf Anfragen an die Arbeitsnachweise.

Mrosjan - Dresden beantragt, den Antrag dem Hauptvorstand zu überweisen, Stamm - Braunschweig will ihn auf sich beruhen lassen.

Deichmann - Bremen ist für Überweisung des Antrags an den Vorstand, der ihn als Material benutzen kann.

Es wird beschlossen, den Antrag dem Vorstand zu überweisen.

Zu dem Antrag von Namitz und Großenhain, die Wanderkarte abzulassen, bemerkt Morawski, daß sich Schwierigkeiten in der Verwendung der Karte gezeigt hätten.

Deichmann - Bremen ist nicht für die Abschaffung der Wanderkarte. Möglichkeiten kommen vor, aber sie können ohne schwere Nachteile erledigt werden. Wir sind bereit, die Arbeit auf uns zu nehmen, wenn Weiterungen eintreten. Die internationale Vereinigung wird zur Entwicklung der Kontrolle in der Frage beitragen, denn die Verhältnisse der Organisationen der verschiedenen Länder sind auch verschieden. Die letzte internationale Konferenz hat sich mit der Frage beschäftigt, darum ist ratsam den Antrag abzulehnen.

Der Antrag ist gegen eine Stimme abgelehnt.

Bijochsmerda beantragt: In jeder Zahlstelle ist Arbeitslosenunterstützung auszugeben.

Wenzel - Dresden schlägt vor, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Karlsruhe und Trebbin beantragen, alljährlich Gauleitertreffen abzuhalten.

Deichmann - Bremen spricht sich gegen den Antrag aus. Sind Gauleitertreffen absolut nötig, müssen die Gauen die Kosten aufbringen.

Ein Antrag Berlin will nach den Gauleitertreffen noch eine Konferenz der Bevollmächtigten und Geschäftsleiter der Großstädte anstellen.

Schulze - Berlin erklärt, daß Gauleitertreffen gemeint sind, also ein Mißverständnis Platz gegriffen habe. Redner befürwortet den Antrag.

Niendorf - Bremen, Geyer - Leipzig und Stamm - Braunschweig sprechen gegen den Antrag, der eine Ausdehnung der Gauleitertreffen durch Bevollmächtigte bedeute; die Redner bitten, den Antrag abzulehnen.

Schulze - Berlin wendet sich gegen die Ausführungen Geyers; er verpflichtet sich Erfolg von der Verwirklichung des Antrags.

Deichmann - Bremen erklärt die bisherige Praxis. Es bedarf keines Beschlusses im Sinne des Antrags. Ist etwas nötig zur Förderung der Lohnkämpfe in einzelnen Bezirken, muß sowieso eine Aktion erfolgen.

Die Anträge Karlsruhe, Trebbin und Berlin werden abgelehnt.

Zur Beratung kommen die Anträge von Schwewe, Nordhausen, Karlsruhe und Zuffenhausen, die Anstellung und Tätigkeit von Gauleitern betreffend.

Heising - Karlsruhe verbreitet sich über die Verhandlungen mit dem Vorstand und dem Fortgang der Sache, die zu den Anträgen geführt hat.

Deichmann - Bremen bittet, die Anträge von Karlsruhe abzulehnen, da auch der Eventualantrag dem, was in der Konferenz über diese Frage beschlossen worden ist, nicht entspricht. Eine Neueinteilung wird erfolgen, doch nicht nach dem Schema des Antrags.

Kiel-Kassel tritt für den Antrag von Schwewe und Nordhausen ein.

Der Antrag Schwewe und Nordhausen, sowie die Anträge von Karlsruhe und Zuffenhausen werden dem Vorstand überwiehen.

Beggerow - Barmbed beantragt, über den Antrag Holten, betreffend die Gehälter der Beamten, zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag Beggerow wird angenommen.

Beggerow - Barmbed beantragt, auch über den Antrag Cottbus, der die Verbandsbeamten verpflichtet will, während ihrer dienstlichen Tätigkeit keine anderen Funktionen als die des Verbandes zu übernehmen, zur Tagesordnung überzugehen.

Nach einer informierenden Erklärung von Geyer - Leipzig wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Deichmann - Bremen legt die Unterstützungsverhältnisse der Beamten in der Unterstützungsvereinigung dar. Die Generalversammlung in Dresden hat beschlossen, daß der Verband die Hälfte der Beiträge zur Unterstützungsvereinigung zahle. Vom 1. Januar 1913 tritt eine Veränderung auf Grund der Reichsversicherungsordnung ein, insofern, als die Beiträge stark gesteigert werden. Die Frage wird am besten in der 21. Kommission beraten, ich bitte, mir den Auftrag zu erteilen, die Frage dort aufzurollen.

Ein Antrag Briege verlangt, daß Informationen über Bestimmungen der Statuten nach jeder Statutenänderung in Broschürenform an die Zahlstellen zu liefern sind.

Deichmann - Bremen weist darauf hin, daß durch die Verschmelzung mit den Sortierern eine neue Statutenänderung bevorsteht.

Es wird beschlossen, die Anträge von Briege und Ragdeburg dem Vorstand zu überweisen.

Zahlstelle Breslau beantragt, das Gehalt der festangestellten Beamten in Breslau auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Ludwig - Breslau begünstigt den Antrag.

Loch - Dresden tritt ebenfalls für den Antrag ein.

Deichmann - Bremen weist auf die Verhandlungen der Generalversammlung in Braunschweig hin, die der jetzigen Einrichtung ihre Zustimmung gegeben hat.

Der Antrag von Breslau wird abgelehnt.

Die Zahlstelle Dresden beantragt:

Die Generalversammlung wolle beschließen, den Kollegen Richard Uhlig, welcher im Jahre 1906 infolge des „Dresdener Kon-

Rohtabak = Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

aus dem Verbands ausgeschlossen wurde, zu den alten Rechten als Mitglied wieder aufzunehmen.  
Beggerow-Darmbed beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.  
Ploch-Dresden wendet sich gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.  
Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.  
Geyer-Weipzig beantragt, die Angelegenheit der Beschwerdef Kommission zur Untersuchung zu übergeben.  
Der Antrag wird angenommen.  
Die Beschwerdef Kommission erstattet den Bericht über ihre Arbeiten.  
Langner-Ohlau berichtet, daß nach eingehender Prüfung der Frankfurter Angelegenheit die Kommission zu dem Beschlusse gekommen ist, dem in Frage stehenden Kollegen die Gemäßigtestenunterstützung zu gewähren.  
Zur Beschwerde des Kollegen Malube beantragt die Kommission, über die Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen.  
Ebermann-Bremen: Der Frankfurter Fall habe den Vorstand und den Ausschuss beschäftigt. Redner legt die Gründe dar, die den Vorstand bewegen haben, die Unterstützung abzulehnen. Er bittet, dem Beschlusse des Vorstandes und des Ausschusses zuzustimmen, der eine Maßregelung nicht annimmt.  
Deichmann-Bremen legt dar, daß nur eine Privatfache vorlag, wobei die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsverhältnis nicht in Frage kam. Nach dem Statut hat der Verband keine Unterstützung zu zahlen.  
Wenzel-Dresden ist dagegen der Ansicht, daß die Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen.  
Deichmann-Bremen wiederpricht dieser Darstellung und gibt weitere Aufklärung über diesen Fall.  
Beggerow-Darmbed schildert ebenfalls den Hergang der Sache.  
Ebenso Fischer-Frankenberg, der für den Beschluß der Beschwerdef Kommission eintritt.  
Ecklen-Ostern meint, die Beschwerdef Kommission habe sich vom guten Herzen leiten lassen, aber statutenmäßig liegt kein Anlaß vor, der Beschwerde stattzugeben.  
In der namentlichen Abstimmung wird der Antrag der Kommission mit 22 gegen 38 Stimmen abgelehnt.  
Der Antrag betreffs Malubes auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

**Gemeinschaftliche Generalversammlung des Sortiererverbandes und Tabakarbeiterverbandes.**

Mittwoch, 15. Mai.

Das Bureau wird verstärkt durch v. Elm als Vorsitzenden, Eigen und Dahms als Schriftführer.  
Kollege Sander erstattet Bericht über die Verhandlungen der 21er-Kommission.  
Die Kommission ist zu dem Beschlusse gekommen, an dem Entwurf im Großen und Ganzen nichts zu ändern. Sie beschloß jedoch, im § 2 Absatz 2 bezüglich der Jugendlichen zu setzen: 16 Jahren statt 18 Jahren. Im Absatz 4 sollen Jugendliche vom Eintrittsgeld befreit werden.  
Im § 4 soll bestimmt werden, daß derjenige, der der Meldepflicht nicht genügt, Anspruch auf Unterstützung verliert, bis er die Meldepflicht erfüllt.  
Im § 7 wurde beschlossen, die Unterstützung nicht auf drei Kinder zu beschränken, sondern für jedes Kind unter 14 Jahren 75 % zu zahlen.  
Bezüglich der Unterstützungen nach § 9 beschloß die Kommission, alle Abänderungsanträge abzulehnen.  
Im § 10 Absatz 1 soll gesagt werden in Zeile 3 nach dem Wort „verlassen“, einzuschalten, „wenn die Entfernung mehr als 12 Kilometer beträgt.“  
In § 13 soll in Absatz 2 statt 4 Wochen bestimmt werden 6 Wochen. Dementsprechend muß auch im § 15 a) c) statt 4 gesagt werden 6 Wochen.  
Der Absatz 2 in § 17 soll die Fassung erhalten, daß bei der Wahl des Vorstandes sämtliche Branchen berücksichtigt werden sollen. Die gleiche Bestimmung soll in § 19 betreffs der Wahl des Ausschusses Platz finden.  
Zu § 20 wurde beschlossen, den Verbandstag alle 3 Jahre stattfinden zu lassen.  
Ferner wird eine Resolution vorgeschlagen, nach der die höheren Beiträge der Beamten zur Unterstützungsvereinigung, wie sie durch das Privatbeamtengesetz bedingt sind, der Verband tragen soll.  
Der Vorsitzende v. Elm eröffnet die Spezialdiskussion über die Vorschläge der Kommission.  
Der Titel des Vereins wird einstimmig angenommen.  
Ebenso wird § 1 ohne Debatte einstimmig angenommen.  
Der § 2 wird mit den Abänderungen der Kommission einstimmig angenommen.  
Wenzel-Dresden bringt zu § 3 einen Antrag ein, der Extramarken bezüglich des Lokalbeitrages wünscht. Es wird beschlossen, diesen Antrag bis zur Beratung der Resolution, die die Lokalbeiträge behandelt, zurückzustellen.  
Beimüller-Juffenhausen schlägt vor, im § 3 eine Beitragssteigerung von 20 % für die Jugendlichen einzuführen. Ferner will der Redner die Beitragsklasse 4 und 5 geändert wissen.  
Deichmann-Bremen: Beimüller läßt Sturm gegen eine Beitragssteigerung, die gar nicht vorgenommen worden ist. Die Änderungen sind von ihm mißverstanden worden. Es sind Zusammengehörungen von Beitragsklassen und Neugruppierungen erfolgt, die keine Erhöhung bringen. Rechnerisch weist Redner nach, daß aus diesen Änderungen kein Schaden für die Mitglieder und den Verband entsteht. Ferner rät er ab, eine niedrigere Beitragsklasse als zu § 3 einzuführen.  
Klaus-Ansbach macht darauf aufmerksam, daß die Beitragsklassen allen männlichen Mitgliedern offen stehen.  
Die Unterstützung für den Antrag Beimüller reicht nicht aus.  
Der § 3 wird nach der Fassung der Kommission angenommen.  
Der § 4 wird mit der die Meldepflicht betreffenden Abänderung angenommen.  
Der § 5 wird angenommen, ebenso § 6.  
Der § 7 wird mit der Abänderung der Kommission angenommen.  
Zu § 8 wird der Antrag gestellt: Mitglieder, welche wegen ihrer Mitgliedschaft gemindert werden und dem Verbands noch keine 26 Wochen angehören, erhalten die in § 7 festgesetzten Unterstützungen, wenn der erzielte Arbeitslohn der letzten 4 Wochen die durchschnittliche Höhe erreicht.  
Schlüter-Bielefeld begründet den Antrag.  
Prohn-Bremen bittet, den Antrag abzulehnen; Schlüter irrt, wenn er meine, die Gemäßigtestenunterstützung sei gering.  
Sadelberg-Altona: Schlüter hat die Konsequenzen des Antrages nicht bedacht. Ohne weiteres müssen wir den Antrag ablehnen.  
Beimüller-Juffenhausen tritt für den Antrag ein.  
Schlüter-Bielefeld wendet sich gegen die Bemerkung Sadelbergs, daß die Mitglieder erst etwas leisten müssen, wenn sie Unterstützung beziehen wollen. Gemäßigteste haben etwas geleistet.  
Schlüter-Bremen bittet, die Vorlage anzunehmen, wie sie ist. Die Erfahrungen bisher zwingen dazu.  
Renke-Wände wendet sich gegen Schlüter.  
Deichmann-Bremen erklärt, daß die Debatte gar nicht bei diesem Punkt am Platze sei. Die Praxis mahnt, vorsichtig zu sein, die Gemäßigtestenfälle liegen sehr verschieden. Darum brauchen wir uns nicht anzupagen. Der Vorstand wird loyal verfahren. Schlüter steht darauf den Antrag zurück.  
Der § 8 wird in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.  
Der § 9 wird nach dem Entwurf angenommen.  
Zu § 10 beantragt Ploch-Dresden, im 1. Absatz die Worte „aus längeren Gründen“ zu streichen. Der Antrag wird abgelehnt und § 10 angenommen.  
Zu § 11 wird beantragt: Die Krankenunterstützung wird nach dem bisherigen Satz bis zu 3 Wochen.  
Ferner beantragt Stamm: Die Unterstützung wird vom 1. Tage der Krankheit gezahlt.  
Dieser Antrag wird abgelehnt.

Dannstag, den 16. Mai (Fortsetzung des Statutenratung).  
Regel-Gießen: Wir wünschen im Gießener Bezirk die halbjährliche Karenzzeit bei der Krankenunterstützung. Wie die Jahresabrechnung beweist, ist die Arbeitslosenunterstützung im Süden weniger notwendig, dagegen aber wird für Krankenunterstützung im Süden mehr ausgegeben; es liegen wegen der leidlichen Produktionsverhältnisse die Dinge bei uns eben eigentümlicher.  
Stamm-Braunschweig tritt für Aufhebung der Karenzzeit bei der Krankenunterstützung ein. Schon der Umstand, daß der Antrag von 8 Orten gestellt ist, zeigt seine Notwendigkeit. Der Verband braucht deshalb den Kampfcharakter nicht zu verlieren. Die Mitglieder brauchen gerade im Krankheitsfall sofort Hilfe. Nach genauer Berechnung kostet das dem Verband jährlich nur 23 000 M. Die Mitglieder in den mittleren Jahren rechnen sehr mit der Krankenunterstützung. Wenn sie den Antrag ablehnen, werden viele aufstieben sein.  
Kämmerer-Froschhausen: Die Agitation wird uns erschwert, wenn wir die Vorschläge der Kommission wegen der Karenzzeit ablehnen.  
Gewande-Ohlau: Gegen die Vorschläge der Kommission.  
Prohn: Stamm hat eine unbegründete Furcht, denn als wir die Karenzzeit einführen, sind keine Mitglieder ausgetreten, sondern gerade in diesem Jahre war der Beitritt bedeutend. Wir werden eine Mehrausgabe von 25- bis 30 000 M. haben, aber solche Summen sind keine Kleinigkeiten. Dem müssen Einnahmen gegenüberstehen. Die Delegierten reden nie davon, was auf anderen Gebieten, z. B. bei der Arbeitslosenunterstützung, mehr geboten wird. Man muß doch nicht immer mit denen rechnen, die wir noch nicht haben; für die Mitglieder, die wir haben, ist es doch keine Verminderung ihrer Rechte. Treten denn die neuen Mitglieder nur wegen der Krankenunterstützung bei? Sie wollen mehr Lohn haben und in diesem Sinne müssen wir unsere Einrichtung treffen.  
Strehl-Frankfurt a. M.: Zahlen wir erst nach einjähriger Mitgliedschaft Krankenunterstützung, so werden wir Mitglieder verlieren und neue nicht gewinnen.  
Der Antrag, nach 26 wöchentlichen Mitgliedschaft Krankenunterstützung zu zahlen, wird mit 61 gegen 64 Stimmen angenommen, der Antrag Stamm abgelehnt.  
§§ 12, 13, 14, 15, 16, 17 werden ohne Widerspruch nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.  
Bargmann-Deuben beantragt, statt der vorgeschlagenen 2 Revisoren 3 zu setzen.  
Prohn: Zweckmäßigkeitsrücksichten sprechen für 2 Revisoren; es kam uns auf die Ungleichheit an.  
Der Antrag wird abgelehnt und die Kommissionsvorlage angenommen, ebenso § 19.  
Zu § 20 schlägt die Kommission vor, den Verbandstag alle 3 Jahre stattfinden zu lassen, und zwar mit Rücksicht auf die Tatsache, daß durch die Verschmelzung und Statutenänderung ganz neue Verhältnisse geschaffen werden, so daß zunächst eine längere Ueberfrist nötig ist. Der § 20 wird, wie auch die §§ 21, 22, 23, 24, 25 unverändert und ohne Debatte angenommen.  
Vors. v. Elm: Ich kann zunächst eine Abstimmung über das ganze Statut nicht stattfinden lassen, da der Vorstand hinsichtlich der finanziellen Wirkung der Beschlüsse zu § 11 eine Prüfung vorzunehmen hat.  
Wenzel-Dresden begründet den Antrag der Zahlstellen, die einen obligatorischen Lokalbeitrag eingeführt haben, die Marken vom Vorstand zu liefern. Wenn nicht in allen Orten Lokalbeiträge festgesetzt werden, oder sonst eine Kontrolle in den Marken möglich ist, besteht die Gefahr, daß sich Mitglieder einer Zahlstelle, die Lokalbeiträge erhebt, zu einer benachteiligten wenden.  
Prohn bittet, den Antrag dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überreichen.  
Der Antrag wird jedoch abgelehnt.  
Eine Resolution Frankfurt, die überall Lokalkassen einzurichten empfiehlt, wird angenommen.  
Es folgt nun die Beratung der Verschmelzungsbedingungen, soweit sie nicht nach der Beschlußfassung über das Statut erledigt sind.  
v. Elm gibt bekannt, daß die Sortierer auf die Bedingung des Rezerdesonds verzichtet haben.  
Hinsichtlich der Tarifbestimmungen, nach welchen nicht eher abgeschlossen werden darf, als auch die Lohnverhältnisse der Sortierer als entsprechend geregelt gelten, ist die Generalversammlung einverstanden.  
v. Elm erklärt, daß die Sortierer großen Wert auf die Arbeitsnachweise legen. Wenn deshalb die Sortierer ihre Arbeitsnachweise aufrecht erhalten wollen, so ist das begreiflich und wird eine gute Wirkung haben.  
Die Generalversammlung ist mit den diesbezüglichen Abmachungen einverstanden. Der Vorstand hat ein Reglement für die Arbeitsnachweise anzuarbeiten.  
Auch die Bestimmungen, daß dem Vorstand und Ausschuss ein Sortierer angehören muß, sowie daß in Hamburg für die Sortierer ein Ortsbeamter einzustellen ist, werden angenommen.  
Der Vorschlag der Kommission, daß die Angestellten durch das Privatbeamtenversicherungsgesetz keine Mehrbelastung tragen, so daß der Verband diese übernimmt, wird gegen 2 Stimmen angenommen.  
Es wird in die Beratung über das Wahlreglement eingetreten.  
§ 1 wird mit der Abänderung angenommen, daß statt vier, sechs Wochen gesetzt wird. § 2 wird unverändert, § 3 mit einer reaktionären Abänderung angenommen. Dem § 5 soll ein Absatz angefügt werden, der lautet: Für jeden Gau sind den Ortsverhältnissen entsprechend Wahlbezirke zu bilden. Aus dieser Bestimmung ergeben sich für den § 6 einige sachgemäße Abänderungen, die beschlossen werden. § 7 wird nach der Vorlage angenommen. Damit ist das Wahlreglement erledigt.  
Nachmittagsitzung.  
Vorsitzender v. Elm teilt ein Glückwunschtelegramm der Gubenener Kollegen mit.  
Es wird in die Beratung über das Streitreglement eingetreten. Zum § 2 wird von Wenzel der Antrag gestellt, eine Bestimmung zu schaffen, daß alle Anträge bezüglich Lohnbewegungen durch die zuständigen Gauleiter einzureichen sind. Derselbe wird, nachdem Deichmann dafür gesprochen, angenommen.  
Heising: Es ist begrifflich, wenn wir grundlegende Bestimmungen fassen, aber im § 5 sind sie recht gefährlich für die Gauleiter. Ich habe gehofft, daß ein Streit notwendig abgebrochen werden würde, aber doch wurde es von den Beteiligten abgelehnt. Es muß ein Paktus geschaffen werden, daß eine Bewegung durch die Leitung abgebrochen werden kann. Die Dinge gebieten mitunter das sofortige Abbrechen eines Streiks. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.  
Deichmann: Der Antrag ist wichtig und die Notwendigkeit dafür vorhanden. Deichmann schlägt vor, daß „aus besonderen Gründen ein Streit beendet werden kann vom Vorstand.“  
Lopla-Reisnig, Marahrens-Hildesheim und Ploch-Dresden sprechen für den Antrag Heising.  
Sohn (General-Kommission) hält es für dringend notwendig, daß der Leitung die Möglichkeit gegeben wird, nötigenfalls einen Streit abzubrechen.  
Die Anträge Heising und Deichmann werden abgelehnt.  
Zu § 7 wünscht Langner-Ohlau die präzise Feststellung einer Art im Streitfall Abbrechenden zu zahlenden Unterstützung.  
Woll-Weipzig: Es ist ungerecht für die älteren Ledigen, daß sie abstufen sollen beim Streit. Es muß gesagt werden: jüngere Ledige.  
Bielefeld-Berlin spricht gegen die Wünsche Langners und Woll; der Vorstand wird ohnehin nach Lage der Sache entscheiden.  
Element-Breslau: Nehmen Sie die Wünsche ab; im praktischen Falle müßten die Abbrechenden erst warten, bis der Vorstand entschieden hat. Er beantragt, die Unterstützung der Abbrechenden auf eine Summe festzusetzen, die die Höhe einer wöchentlichen Streitunterstützung beträgt.  
Gerten-Göln: Wir haben keine schlechten Erfahrungen mit den alten Bestimmungen gemacht.  
Die Anträge von § 7 werden abgelehnt. Damit ist das Streitreglement nach der Vorlage angenommen.  
Es wird beraten über die Wirkung des Beschlusses betr. Eintritt der Statutenänderung.  
v. Elm: Wir als Vorstande haben nicht erwartet, daß die Statutenänderung den Streit so sehr beeinflussen würde.

Wahrung statt wie verfahren nach einjähriger, nach halbjährlicher Mitgliedschaft eintritt. Wir haben die finanziellen Konsequenzen zu erwägen. Es darf nicht vergessen werden, daß es sich doch fast nur um künftige Mitglieder handelt. Auch ist jetzt das Mitgliedschaft eingeleitet, so daß auch die Mitglieder Krankenunterstützung beziehen können infolge des Ueberganges wegen der Verschmelzung, die im jetzigen Unterstufungsjahr etwas bezogen haben. Dadurch ist doch schon viel ausgeglichen. Bedenke man, daß die Sortierer viel größere Rechte durch die Verschmelzung aufgegeben haben. Das gute Herz darf nicht entscheiden; wir wollen hauptsächlich unsere Arbeitsverhältnisse besser gestalten, so daß nicht alles auf die Krankenunterstützung verladen werden darf. Nur zwei Organisationen kennen die 26wöchentliche Karenzzeit, alle anderen haben eine längere, und zwar bis zu zwei Jahren. Wir Tabakarbeiter leisten an Unterstützungen überhaupt mehr als andere Organisationen, aber die anderen Verbände leisten auch etwas im wirtschaftlichen Kampf. Ich bin sogar der Meinung, daß wir bei den gegenwärtigen Unterstützungen bald unsere Beiträge erhöhen müssen. Und nun wollen Sie für künftige Mitglieder unseren wirtschaftlichen Kampf erschweren?  
Schlüter-Bielefeld: Wir können es nicht verantworten, daß 3/4 Jahre, bis zur nächsten Generalversammlung, die schwere Belastung durch die 26wöchentliche Karenzzeit den Kampf beeinträchtigt. Im übrigen haben die westfälischen Delegierten unter der Voraussetzung gestimmt, daß die bis jetzt neu eingetretenen Mitglieder die jährliche Karenzzeit haben sollten. Wir haben deshalb beantragt, erneut abstimmen zu lassen, da wir nun für die längere Karenzzeit sind.  
Renke-Wände tritt für die halbjährliche Karenzzeit ein. Wünschenswert sei, daß den neu eingetretenen Mitgliedern die nach dem alten Statut gewählten Rechte gewahrt bleiben.  
Schmidt-Siedenheim beantragt, daß für die bis zum 1. Juli eingetretenen Mitglieder die Karenzzeit auf 26 Wochen zu bemessen sei. Ein Antrag der westfälischen Delegierten lautet: Die Karenzzeit von 52 Wochen gilt für alle Mitglieder, welche nach dem 31. Dezember 1911 eingetreten sind.  
Prohn: Wenn wir die Anträge annehmen, so sind die älteren Mitglieder gegen die jüngeren schlechter gestellt. Sollen wir immer wieder die Fluktuation unterstützen? Hätten nicht alle, auf die die Anträge abzielen, länger Mitglied sein können. Redner beleuchtet auf Grund der Abrechnung die Mehrkosten der halbjährlichen Karenzzeit.  
Klaus-Ansbach: Renke hat sich inkonsequent gezeigt, denn wenn er eine Kampforanisation will, darf er auf der anderen Seite nicht den westfälischen Antrag unterstützen. Wir haben lange genug gekämpft auf diesem Gebiete.  
Marahrens-Hildesheim ist für die halbjährliche Karenzzeit. Beimüller spricht für den Antrag Schmidt.  
Deichmann: Genau genommen wäre eine Beitragssteigerung ohnehin nötig gewesen, sie ist im Interesse des Eingangsmerkes unterblieben. Bewilligt man aber mehr an Unterstützungen, so werden wir sofort an sie herantreten, sobald es nötig sein wird. Man reibt immer vom Kampfcharakter, aber sobald es etwas kosten soll, ist alles still; haben wir aber etwas, so soll es immer für Unterstützungen draufgehen. Seht euch die Hamburger und Bremer an, die 3. B. bei der westfälischen Bewegung große Opfer gebracht haben! Sie rechnen nicht so sehr mit den Unterstützungen, sondern wollen die Organisation, zum Kampf ausbauen. Man darf nicht immer mit der Unterstützung der Allgemeinheit rechnen. Wir haben wirklich viel erhalten, aber die Frage ist berechtigt: Was werden die Tabakarbeiter zur Stärkung ihres Verbandes tun? Wir dürfen erwarten, daß angesichts künftiger Kämpfe auch die Tatsache größerer finanzieller Opfer folgt. Ist da die Karenzzeit oder der Kampf notwendiger? Nehmen wir die halbjährliche Karenzzeit an, so müssen wir auch unseren älteren Mitgliedern gerechterweise etwas bieten. Dann aber müssen wir jährlich neue große Summen mehr für Unterstützung leisten. Wollen wir der Allgemeinheit Rechnung tragen, so haben wir die Pflicht, unsere Kampfpflicht zu verbessern.  
Der Antrag Schmidt wird zurückgezogen. Der Antrag, daß den bis zum 1. Juli Eintretenden eine halbjährliche Karenzzeit berechnet wird, wird angenommen, alle anderen abgelehnt. Sodann wird festgesetzt, daß die Karenzzeit in Krankheitsfällen auf ein Jahr festgesetzt wird. Darauf wird das Gesamtstatut einstimmig angenommen.  
Die Beschwerdef Kommission erstattet Bericht über die Verhandlungen den Fall Uhlig-Dresden betreffend. Kollege Beggerow als Berichterstatter geht auf die Vorkommnisse in der Dresdener Zahlstelle im Jahre 1905 näher ein und trägt der Generalversammlung die über den Fall vorhandenen Beschlüsse, speziell den Beschluß der Bielefelder Generalversammlung vor. Die Kommission untersucht die Behauptung, daß in dem Verfahren gegen Uhlig prozessuale Verstöße stattgefunden hätten. Deshalb beantragt eine Anzahl Dresdener Mitglieder die Wiederaufnahme Uhligs in den Verband.  
Die Kommission kam nach gründlicher Beratung zu dem einstimmigen Beschlusse, der Generalversammlung zu empfehlen: Die Wiederaufnahme Uhligs in den Verband abzulehnen.  
Ploch-Dresden bittet, den Antrag der Kommission nicht anzunehmen. Er verbreitet sich über die Angelegenheit.  
Sander-Hamburg weist kurz auf die Verhandlungen in der Bielefelder Generalversammlung hin und meint, daß die Verhandlungen objektiv und gewissenhaft geführt seien.  
Deichmann-Bremen schildert ebenfalls kurz einige Vorgänge der damaligen Zustände in der Zahlstelle Dresden.  
Heising-Parisruhe gibt als damaliger Vorsitzender des Ausschusses die Erklärung ab, daß seitens des Vorstandes damals alles getan worden sei, um die Sache gründlich zu untersuchen und aufzuklären.  
Ploch-Dresden polemisiert gegen die Ausführungen Deichmanns und erucht nochmals, den Dresdener Antrag anzunehmen. Ueber den Antrag der Beschwerdef Kommission wird namentlich abgestimmt und derselbe mit 78 gegen 1 Stimme angenommen. Darauf wird die Sitzung geschlossen.  
Freitag, den 17. Mai.  
Vorsitzender v. Elm teilt mit, daß ein Begrüßungsschreiben der bulgarischen Brudervereinigung eingetroffen ist.  
Zunächst wird beschlossen, die Diäten auf 9 M. und die Arbeitsentschädigung auf 5 M. gemäß den Sätzen der Sortierer festzusetzen. Für den Himmelfahrtstag soll keine Arbeitsentschädigung gezahlt werden.  
Es folgt die Beratung über den 4. Punkt der Tagesordnung: Unsere Lohnkämpfe. Folgende Anträge sind dabei zu erledigen: Sollen die Generalversammlung möge beschließen, daß die kleinen Streiks, wenn es sich um 25 oder 50 % mehr für das Milieu handelt, nach Möglichkeit zu unterlassen sind.  
Lannenberg: Bei Lohnbewegungen ist eine genaue Ueberprüfung über den Lohn pro Milieu, und ob freie oder teilweise Zuzahlung geliefert wird, zu geben.  
Kotsdam: Der Vorstand wird beauftragt, der General-Kommission anzugeben, die Gewerkschaftstabelle anzugeben, der Tarifbewegung der deutschen Tabakarbeiter mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zu widmen.  
Dranienbaum: Die Generalversammlung wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, bei den Konjunkturoffenheiten dahin zu wirken, daß der Beschluß betreffs Einkauf bei lachtreuen Firmen, mehr als bisher zur Geltung kommt.  
Kendburg-Münden: Die Generalversammlung wolle auf Beschleunigung der Tarifbewegung in der Raufabranche wirken.  
Berlin: Der Vorstand wird beauftragt, im Laufe dieses Jahres eine Enquete über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Zigarettenindustrie aufzunehmen und eine Reichskonferenz für die in der Zigarettenindustrie beschäftigten Personen zur Beratung eines Minimallohntarifes für die Zigarettenindustrie einzuberufen.  
Dresden: Die Generalversammlung wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, noch innerhalb eines Jahres eine Branchenkongress für die Arbeiter in der Zigarettenindustrie Deutschlands einzuberufen, zwecks Aufstellung eines Tarifvertragsentwurfs.  
Nach Bedarf sind auch Reichskonferenzen für die Sortierer einzuberufen.  
Deichmann (Referent): In der Tabakindustrie macht sich mehr denn je die kapitalistische Entwicklung geltend. Wir können vor allem das Bedürfnis unserer Fabrikanten, den Profit durch Erhöhung der Preise zu steigern. Diesen können wir nur

dann begegnen, wenn wir auch die Arbeiter in den Gegenden mit billigen Löhnen organisieren. Hinzu kommt, daß die Tendenz der Abwanderung durch die technische Einfachheit begünstigt wird. Ein bedeutendes Hindernis für unsere Bestrebungen ist auch die Heimarbeit, sie hält den Körpergeist zurück. Was dann noch die ewige Steuerbeurteilung bewirkt hat, ist bekannt. Redner gibt eine Aufstellung über die Löhne der männlichen und weiblichen Tabakarbeiter in Hamburg-Altona. Man ersehe, trotzdem die Löhne viel zu gering sind, daß sie gegen andere Gegenden noch hoch genannt werden können. Schon eine Statistik der in Westfalen gezahlten Löhne zeigt, obgleich es sich um dieselben Fabrikanten und dieselben Arbeiten handelte, eine weit niedrigere Bezahlung. Trotz alledem ist es uns gelungen, in den letzten zehn Jahren durch die Organisation unsere Löhne um 19 pSt. zu steigern. Es haben sich aber auch in dieser Zeit die Unternehmer gut organisiert. Deshalb müssen auch unsere Lohnkämpfe absolut planmäßig geführt werden. Wegen der Schwierigkeit unserer Kämpfe müssen wir unser Augenmerk auf die Konsumanten richten; obgleich in dieser Richtung nicht immer die Kontrolle glücklich durchzuführen, doch wo es möglich, müssen wir den Boykott anwenden. Notwendig ist, daß wir viel energischer auf dem Gebiete der Tarifbewegung arbeiten. Davon bin ich überzeugt, daß, wenn wir stärker werden, auch die Fabrikanten uns mehr als heute kommen werden. Um diese Sache zu fördern, müssen wir unsere Tarifpolitik beweglicher gestalten und unsern Beschluß betr. gebietsweise festgelegte Bedingungen in bezug auf Löhne und Arbeitszeit aufheben. Wir werden auf diese Art den Widerstand der Unternehmer brechen, zumal auch unsere Organisation kräftiger wird. Wir werden unsere Tarife dadurch aber auch auf eine größere Zahl leistungsfähiger Firmen ausdehnen. Freilich, unsere Hauptarbeit kann nicht durch die Konsumanten, die zwar ein Interesse daran haben, daß wir nicht zurückbleiben gegen die übrigen Arbeiter, sondern durch unsern Verband geleistet werden.

**Schulze-Berlin:** Wir müssen alle Mittel zur Hebung unserer Lage ausnützen. Die Resolution vom letzten Gewerkschaftskongress kommt uns sehr zu statten. Uebrigens sollte man nicht viel Hilfe von den Gönnern erwarten, denn sie arbeiten auch vom Profitstandpunkt aus. Redner schlägt die Einsetzung einer Tarifkommission vor. Auf die Konsumvereine muß man ein achtungsvolles Auge haben.

**Klein-Dresden** spricht für Branchenkongresse der Zigarettenarbeiter und schildert die Entwicklung der Zigarettenindustrie. Tarife können nur auf allgemein gleichmäßiger Grundlage zweckmäßig sein.

**Fischer-Rostock:** Unsere Tarifbewegung ist eine unserer vornehmsten Aufgaben, aber die maßgebenden Instanzen sollen uns mehr Rechnung tragen. Auch unsere Presse könnte das hinsichtlich der Angelegenheiten tun.

**Beimüller-Jussenhausen** beklagt sich über mangelndes Verständnis der Konsumvereine für unsere Tarifbewegung. Eine Reichstagskommission ist notwendig.

**Fischer-Berlin:** Eine verstärkte Tätigkeit auf diesem Gebiete ist notwendig. Nicht immer fahren wir gut mit den Konsumvereinen, sie haben oft das Bedürfnis nach hohen Dividenden und daher billigen Einkauf. Der Vorstand sollte die Presse über unsere Tarifbewegung mehr informieren. Wir müssen die Konsumanten in Anspruch nehmen.

**Nienhoff-Bremen:** Unsere Tarifbewegung hat, trotzdem sie jung, Erfolge aufzuweisen. Natürlich können wir in Rücksicht auf die Differenzierung und den Widerstand der Fabrikanten noch nicht an einen Reichstagsrat oder an Tarife für größere Gebiete denken. Um so notwendiger ist es, die erforderliche Beweglichkeit zu schaffen; erst wenn es gelungen ist, unserer Tarifbewegung größeren Umfang zu geben, könne wir die sich weigernden Unternehmer eher zum Abschluß gewinnen. Die Klagen gegen die Konsumvereine mögen im Einzelfall berechtigt sein, aber auch diese Bewegung ist jung. Es liegt zum guten Teil an unserer Tätigkeit, sie in unserem Sinne vorwärts zu bringen.

**Hirde-Berlin:** Der Wunsch auf Reichstagskongressen in der Zigarettenbranche ist bereits in Braunschweig aufgetreten. Die Zigarettenarbeiter wünschen nicht mehr solcher Tarife, als dem mit Halpaus-Breslau abgeschlossenen. Redner kritisiert die Einzelheiten dieses Tarifs. Schon dieser Tarif zeigt die Notwendigkeit der Reichstagskongresse. Durch die gemeinsame Besprechung werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geklärt und die Organisationsverhältnisse gebessert.

**Sorka-Mendburg:** Auch für die Tarifbewegung der Kautabakarbeiter ist in Braunschweig ein Beschluß gefaßt worden. Die Kautabakarbeiter sind durch die Tabaksteuer doppelt geschädigt, einmal durch Lohnabzug, dann auch dadurch, daß das Gehalt dünner wurde. Eine Beschleunigung unserer Tarifbewegung ist dringend nötig.

**Heising-Karlsruhe:** Schon infolge der Wirkung des Tabaksteuergesetzes ist eine Aenderung der Tarifbewegung nötig und wird sich der Vorstand, auf entsprechenden Konferenzen informieren müssen. Wir müssen unseren Tarifen der Gebanten der Minimalleistung zugrunde legen. Wenn wir nicht mehr erreicht haben durch unsere Tarifpolitik, so liegt das auch wesentlich an der Tabaksteuer. Hinsichtlich der Konsumvereine könnte mehr getan werden. Gerade im Süden kauft man die Zigaretten von dem billigsten Lieferanten, die nicht einmal die Organisation anerkennen. Nicht der Tarif ist unbrauchbar, sondern wir müssen uns rühren dafür. Die Tarifgrundlage muß aber einheitlich sein.

**Koch-Nordhausen:** Die Leitung der Tarifbewegung muß dem Vorstand verbleiben. Es ist an der Zeit, für die Kautabakarbeiter in die Tarifbewegung einzutreten. Während der Tabaksteuerkampagne konnte Nordhausen dem Auftrage, die Vorbereitungen zu treffen, nicht nachkommen. Die Verschiedenheit in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ist groß, obgleich die Entwicklung eine ausgleichende Tendenz zeigt. Notwendig ist die Steigerung der Löhne für die Arbeiterinnen unserer Branche. Auf der ganzen Linie muß gearbeitet werden.

**Smidt-Mannheim:** Ich habe den Wunsch der Tabakarbeiter meiner Gegend vorzutragen, der Verband wolle sich der schlechtbezahlten Kollegen annehmen.

**Elm:** Man soll hinsichtlich der Genossenschaftsbewegung nicht verallgemeinern. Für die dem Zentralverband angeschlossenen gelten die Beschlüsse von München und Dresden, die Tarifbewegung der Arbeiter zu unterstützen. Die Genossenschaften haben Aufgabe, für Durchführung der Beschlüsse zu sorgen. Beschwerden von den Tabakarbeitern sind bisher bei der Zentralstelle nicht eingegangen. Man soll sich über jeden Einzelfall beschweren, die Leitung des Zentralverbandes der Konsumvereine wird schon Abhilfe schaffen. Aber auch die Genossenschaften, auch die Tabakarbeiter, sind den Dresdener Beschlüssen nicht nachgekommen. Verlangt man von den Genossenschaften etwas, so muß man auch als Mitglied in denselben wirken. Ueber die Tarifbewegung selbst bin ich der Ansicht, daß wir uns auf den Standpunkt des Referats stellen. Eine größere Bewegungsmöglichkeit ist notwendig. Dabei braucht man nicht den Gedanken des einseitigen Lohnes gleich aufzugeben. Die Basis aller Erfolge ist die Macht unserer Organisation, aber wo es am notwendigsten

ist, müssen wir zuerst arbeiten. Unser Ziel ist die Erhöhung der Löhne überall.

**Wiese-Erfurt:** Es werden zwar oft Tarife abgeschlossen, aber nicht gehalten, deshalb müssen wir uns an die Vertretungen der Gesamtarbeiterschaft wenden. Wir haben in Oera einmal Beschwerde geführt bei der Leitung der Genossenschaften, aber weil wir uns vorher an eine falsche Instanz gewandt hatten, sind wir kurzweg abgewiesen worden. Deshalb hindern uns die organisierten Arbeiter an der Erringung besserer Löhne, indem sie ihre Angehörigen nicht organisieren. Redner führt Beispiele an, wie es möglich ist, doch manchen Vorteil herauszuschlagen.

**Clement-Breslau:** Man soll nicht nur an die Konsumvereine, sondern an alle Interessenten herantreten. Betreffs des Halpausischen Tarifs muß ich sagen, daß der Tarif nicht für Berliner, sondern für Breslauer Verhältnisse abgeschlossen ist. Es ist zu berücksichtigen, daß kein Abzug für Hülsenkleben mehr gemacht wird, daß zum Teil die Akfordarbeit abgeschafft ist. Allerdings erscheinen namentlich die Anfangslöhne gering, aber sie sind auch in anderen gleich großen Orten nicht höher. Wir sind vorläufig recht zufrieden mit dem Tarif.

**Stamm-Braunschweig** tritt dafür ein, daß die Tarifbewegung vom Vorstand geleitet wird. In unserm Ort haben wir mit dem Konsumverein schlechte Erfahrungen gemacht. Die Anträge sind dem Vorstand zur Verächtlichung zu überweisen. Wir müssen aufklärend wirken.

**Claus-Anspach:** Man hätte erwarten sollen, daß der Minimallohn jetzt erhöht würde. Die nötige Beweglichkeit hat man ja auch jetzt schon gehabt, indem man zwar keinen Tarif abschließen, aber doch sonstige Abmachungen treffen konnte. Redner beklagt sich, daß bei den Konsumvereinen und der Gesamtarbeiterschaft für unsere Tarifbewegungen nicht immer das nötige Verständnis herrscht. Natürlich kann nicht allein die G. G. beim Einkauf berücksichtigt werden, denn es kommen auch andere Firmen in Frage.

**Schulze-Berlin:** Unsere Tarifpolitik muß auch zum Ziel haben, daß wir die Abwanderung in billigere Gegenden verhindern. Das will der Antrag Rostock. Eine Verwirrung wird, wie Heising meint, nicht eintreten, wenn wir eine größere Beweglichkeit schaffen. Wir haben doch jetzt auf dem Tarifgebiete manche Erfahrungen gesammelt. Ich möchte sagen, daß auch die Tabakarbeiter nicht immer ihre Schuldigkeit gegen die Konsumvereine getan hat. Die Branchenkongresse für Zigarettenarbeiter ist für ein einheitliches Wirken nötig.

**Henschel-Elbing:** Die Fabrikanten machen mit der Abwanderung nach dem Osten durch Löhne bis herab zu 2,80 M. (Mollen und Widel) ein gutes Geschäft. Redner verbreitet sich über die Lohnverhältnisse im Osten. Man bewilligt erst einmal, zieht dann aber in die billige Gegend. Eine Lohnquote ist dringend nötig. Man sollte regelmäßig zu führende Lohnbücher in den Zahlstellen einrichten; dadurch hätten wir zu jeder Zeit entsprechendes Material, namentlich zum Vergleich zur Verfügung. Man muß bei Besetzung der Betriebe im neuen Ort sofort vorgehen. Wollen wir Erfolge bei den Konsumvereinen, so müssen wir uns betätigen.

**Sadelberg-Altona:** Mehr Bewegungsfreiheit in unserer Tariffache ist zwar notwendig, aber unter die bisherigen Minimalbedingungen herunterzugehen, ist nicht zumutlich. Die Abwanderung können wir nicht verhindern, aber einen anständigen Lohn müssen wir überall verlangen. Der Minimallohn ist niedrig genug. Leider können wir ja nicht immer durchsehen, daß nur organisierte beschäftigt werden, so daß wir eine gewisse Bewegungsfreiheit gebrauchen. Wir haben hier in Hamburg-Altona mit ungeheuren Schwierigkeiten zu rechnen. Wenn auch unsere Vertretungsorgane nicht zerfallen, so machen trotzdem die Firmen, die das Wagnis übernehmen, ein gutes Geschäft, trotzdem sie in Strafankalen arbeiten lassen. Es ist notwendig, daß wir an den Orten, wo unsere Fabrikanten unter billigen Löhnen arbeiten lassen, den Gehel ansehen.

**Frau Stolz-Dresden** polemisiert gegen den mit der Firma Halpaus abgeschlossenen Tarif.

**Cohen (General-Kommission):** Sie müssen sich auf ihre eigene Kraft stützen, je stärker sie sind, je größer der Erfolg. Die Mithilfe der Konsumanten; der General-Kommission kann nur nebensächlich lausen, sie kann ihnen das nicht allein bringen, was sie wünschen. Gewerkschaftsbewegung und General-Kommission haben ja bereits durch Beschlässe dieser Art eingegriffen. Wenn Beschwerden kommen, müssen sie natürlich erledigt werden, und wir haben versucht, die Interessen der Arbeiter zu schützen. Der eingegangene Antrag, daß die General-Kommission den Dresdener Beschluß durchzusetzen hat, kann zwar angenommen werden, aber er enthält eine Beschwerde gegen die General-Kommission; diese hat jedoch ihre Pflicht getan. Haben Sie Beschwerden, so bringen Sie sie vor, bis jetzt hat man das in vorkommenden Fällen nicht getan. In der Tariffache selbst müssen Sie nicht nur gelegentlich, sondern ständig arbeiten und nachstreben. Daß Sie von den Kartellen an Ihrer Arbeit gehindert werden, wie hier ein Fall vorgetragen wurde, kann ich mir kaum denken. Uebrigens kann nicht immer so die Einwirkung des Mannes auf die Angehörigen gesehen, wie es gewünscht wird.

**Fischer-Berlin** erklärt, daß in dem betreffenden Antrage ein Vorwurf gegen die General-Kommission durchaus nicht beabsichtigt sei, im Gegenteil: wir sind ihr zu Dank verpflichtet.

**Wiese-Erfurt** erklärt, daß zwar das betreffende Kartell keine Schuldigkeit getan habe, aber man sei seinen Beschlüssen nicht nachgekommen.

**Deichmann:** Wir sind den Beschlüssen bezüglich der Zigaretten- und Kautabakarbeiter wegen der Umwälzung durch die Tabaksteuer nicht nachgekommen. Wenn wir für den Beschluß des Gewerkschaftskongresses nicht genügend getan haben, so mangelte es an der genügenden Entwicklung unseres Tarifwesens. Wir haben aber zur besseren Förderung der Sache diese auf die Tagesordnung dieser Generalversammlung gesetzt. In der Sache selbst ist es notwendig, die praktische Erfahrung sprechen zu lassen, und da kommen wir zu einem Vorgehen, wie ich es bei dem Wunsche nach größerer Beweglichkeit darstellte. Es wird unsere Aufgabe sein, alle verfügbaren Möglichkeiten auszunutzen, und das liegt in meinem Antrage. Vor allem haben wir unsere Macht zu stärken, gefügt uns das, und die Entwicklung der jetzt vereinigten beiden Verbände löst uns Gutes hoffen, so werden wir auch in der Tarifbewegung Fortschritte machen.

Die Debatte ist beendet. Ein Antrag Deichmann, welcher lautet: „Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, alle Erfolge versprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Tarifvertragspolitik im Sinne des Referats zu fördern“, wird einstimmig angenommen. Die Generalversammlung beschließt, damit alle zu diesem Punkt gestellten Anträge für erledigt zu erklären.

**Maackmittagsitzung.** Es erfolgt die Wahl des Vorstandes und des Vorsitzenden des Ausschusses. Als Vorsitzender wird Deichmann-Bremen, als 1. Kassierer Nieber-Welland, als 2. Kassierer Krohn gewählt. Es sind drei Sekretäre anzustellen. Nach den Abmachungen mit dem Sortiererverband ist der Kollege Arnold-Hamburg als Sekretär auszuwählen und deshalb seine Wahl für die eine Stelle

ernannt. **Fiedermann-Bremen** wird wieder als Sekretär ernannt. Für den ausgeschiedenen Sekretär Eberle schlägt die Statutenberathungskommission, der die Anstellung zur Vorbereitung überweisen war, die Kollegen Henle und Husung vor. Gewählt wird Husung-Nordhausen mit 108 Stimmen, auf Henle-Bremen entfallen 19 Stimmen. Als Vorsitzender des Ausschusses wird Gilke-Altona gewählt.

**Deichmann:** Unsere Tagung ist zu Ende. Wir hatten unsere Tätigkeit zu prüfen, und die Debatte hat ergeben, daß wir im großen und ganzen den richtigen Weg gefunden haben. Lange Jahre haben wir die Verschmelzung propagiert, heftige Kämpfe haben zwar stattgefunden, aber durch die Verhältnisse ist das Ziel endlich gelungen. Hoffen wir, daß alle Wünsche und Hoffnungen in Erfüllung gehen. Bemühen wir uns, noch erscheinende Unebenheiten zu beseitigen. Arbeiten wir einträchtig zusammen, so wird die Organisation wie aus einem Guß bestehen. Wir haben uns für die nächste Zeit den Weg für die Tarifbewegung vorgezeichnet, tun wir auf allen Gebieten unsere Schuldigkeit, dann muß es vorwärts gehen.

**Streicher-Mannheim** dankt im Namen der Generalversammlung der Hamburg-Altonaer Kollegen für die liebenswürdige Gastfreundschaft.

Vorsitzender **Dierck** schließt die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband.

## Bewegungen im Beruf.

Mitglieder, die in einem anderen Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

**Rostlau.** Mit den Firmen J. G. Zerner, Robert Meltschauer und A. Schramm konnte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Die Firma J. G. Zerner erhöhte den Lohn bei zwei Sorten um 50 p pro Mille, die Firma R. Meltschauer erhöhte den Lohn bei einer Sorte um 50 p pro Mille. Bei der Firma A. Schramm wurde der Tarif verlängert, weil er den Forderungen der Arbeiter entsprach.

**Sehrich.** Mit der Firma Ernst Rohmberger wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Bei einer Sorte wurde der Lohn um 50 p pro Mille erhöht.

**Coswig.** Ein Lohnvertrag kam zustande bei der Firma W. J. J. Der Mindestlohn beträgt 9 M. pro Mille bei Lieferung freier Zurechtung. Bei vorstehenden fünf Firmen werden nur Verbandsmitglieder beschäftigt.

**Ennigloh-Winde.** Die Firma Engelhardt & Biermann erhöhte die Löhne der Sortierer um 5 und 10 p pro Mille. Die Lohnarbeiter erhielten 5 Prozent Zulage.

**Ennigloh.** Die Firma Leonhardt & Co. erhöhte die Löhne für Zigarettenarbeiter um 25 und 50 p pro Mille.

**Rheba.** Die Firma Beer mann & Schulte erhöhte die Löhne für Zigarettenarbeiter bei 7 Sorten um 25 p, bei 3 Sorten um 50 p, bei 1 Sorte um 1 M. und 1 Sorte um 1,50 M. Sortierer und Lagerarbeiter erhielten pro Woche 1,50 M. Zulage (diese arbeiten in Wochenlohn). Die Zurechtenerinnen erhielten pro Woche 90 p Zulage.

**Rheba.** Die Firma Silke (Inhaber Weiß) erhöhte die Löhne für Zigarettenarbeiter bei 3 Sorten um 25 p.

**Schwenningdorf.** Die Firma Engelhardt & Biermann erhöhte die Löhne für Zigarettenarbeiter um 50 p pro Mille ausschließlich einer Sorte.

**Stift-Quernheim.** Die Firma Fr. Leonhardt & Co. erhöhte die Löhne für Zigarettenarbeiter von 50 p bis 1 M. auf alle Sorten und führte die vierzehntägige Lohnzahlung ein.

**Stift-Quernheim.** Die Firma Engelhardt & Biermann erhöhte die Löhne für alle Sorten um 20 p pro Mille.

**Oberbauerschaft.** Die Firma Schäfer & Hartjen erhöhte auf Antrag der Arbeiter die Löhne um 50 und 75 p pro Mille.

**Rehme.** Die Firma Langhans & Jürgen (Sitz Altona) erhöhte die Löhne der Sortierer bei 26 Sorten um 10 p und für 4 Sorten um 20 p pro Mille.

**Lobenstein.** Der mit der Firma Michael & Schmidt im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag ist aufgehoben.

**Schönau (Württemberg).** Der Streit bei der Firma G. Bodenheimer (Sitz Stuttgart) dauert fort. Vor Zuzug nach den Betrieben Schönau, Waldorf und Stuttgart wird gewarnt.

**Offenburg (Baden).** Der Streit bei der Firma Ullemann & Beterer dauert fort. Vor Zuzug nach Offenburg und Zunsweier, wo die Firma arbeiten läßt, wird gewarnt.

**Magdeburg.** Die eingeleitete Lohnbewegung ist noch nicht beendet. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Berichtigungen.** Der Druckfehler, der in unserer Drucker noch immer stark sein unheilvolles Wesen treibt, nötigt uns zu folgender Berichtigung: In Nr. 19 des Tabak-Arbeiter vom 12. Mai muß es in dem Artikel des Kollegen Krumnow über die Berliner Zigarettenindustrie und ihre Arbeiter im dritten Absatz, Zeile 20 lauten: „und für den eigenen Betrieb“ heißen: „nur für den eigenen Betrieb. Im selben Artikel soll es im Abs. 5 statt „familiären Bedingungen“ heißen: „sanitären Bedingungen“. In der Rundschannotiz über die Waisener soll es natürlich nicht „Reisereien“, sondern „Reibereien“ heißen.



**Größtes Wickelformenlager Deutschlands**

**JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER**

# L. COHN & CO.

BERLIN N. BRUNNENSTRASSE NO 24

**Verlangen Sie sofort kostenlos**

Unsere Haupt-Preislisten - Modellbogen - Zigarettenband - Zigarettenröhre - Papier - Tragenth - Muster etc.

**FAÇONS**  
enthaltend.

# J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

- |  |  |
|--|--|
| Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 480, 500 $\frac{1}{2}$ | Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 $\frac{1}{2}$ |
| Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 $\frac{1}{2}$   | Havanna 200, 250, 300, 400 $\frac{1}{2}$           |
| Java-Decker dunkel 220 $\frac{1}{2}$ , hell 260, 280, 300, 320 $\frac{1}{2}$                                 | Yara-Cuba 200, 220 $\frac{1}{2}$ , feine Qualität  |
| Java-Umblatt 140, 155, 180, 185 $\frac{1}{2}$  | Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 $\frac{1}{2}$    |
| Java-Einlage 95 $\frac{1}{2}$ , mit Umbl. 110, 120, 180 $\frac{1}{2}$  | Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 $\frac{1}{2}$      |
| Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 $\frac{1}{2}$  | Domingo-Umblatt 110, 120, 130 $\frac{1}{2}$        |
| Brasil-Decker 175, 200, 210 $\frac{1}{2}$  | Domingo-Einlage und Umbl. 100 $\frac{1}{2}$        |
| Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 $\frac{1}{2}$                            | Rio-Grande-Decker 120, 130 $\frac{1}{2}$           |

**Wickelformen** neu und gebraucht in allen Fassungen von 50 bis 150  $\frac{1}{2}$ . Schiffechen-Abdrücke versende gratis und franko. Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Meibekraft, per Pfd. 250  $\frac{1}{2}$ . Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130  $\frac{1}{2}$ . Bastbündelband, grau und lachsrot, pro 100 Meter-Rolle 150  $\frac{1}{2}$ . Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

**Kein Interessent** versäume unsere Preisliste 23 und Wickelformbogen einzufordern.

Wir liefern

Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formenpressen, Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu und gebraucht, in unerreichter Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

**Wer Geld sparen will**

bezieht seine Rohabake und Utensilien aus erster Quelle von uns!

**L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstr. 24.**

Grösstes Lager in gebrachten Utensilien. Deutschlands grösstes Fabrik und Handelsgeschäft der Rohabak und Utensilien-Branche.

Telephon 11358. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.

## Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlen als besonders preiswert und gut

- |  |   |
|--|---|
| Sumatra-Decker a 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 $\frac{1}{2}$ | Havanna, hochfeine Einf., a 270, 350 $\frac{1}{2}$        |
| Sumatra-Umblatt a 160, 170, 180 $\frac{1}{2}$  | Yara-Cuba, vorzüglich, a 260 $\frac{1}{2}$                |
| Vorstenl.-Decker a 250, 320, 400, 500 $\frac{1}{2}$  | Carmen-Umblatt a 130, 140, 145, 150 $\frac{1}{2}$         |
| Java-Umblatt a 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 $\frac{1}{2}$                                 | Carmen-Einlage a 115, 125 $\frac{1}{2}$                   |
| Java-Einlage a 120, 125 $\frac{1}{2}$  | Domingo-Umblatt a 135, 145, 150 $\frac{1}{2}$             |
| Aufarbeiter a 130, 135, 140 $\frac{1}{2}$  | Domingo-Einlage mit Umblatt a 110, 115, 120 $\frac{1}{2}$ |
| Felix-Decke (schneeweiß) Brand, 220 $\frac{1}{2}$  | Mexiko San Andres 480, 450, 400, 140 $\frac{1}{2}$        |
| Felix-Einlage a 135, 145, 150, 160, 170, 175 $\frac{1}{2}$                                     | Losgut, sehr blattig und gesund, a 120, 110 $\frac{1}{2}$ |
|  | Mühermarker a 105, 110, 115 $\frac{1}{2}$                 |

Leichte per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Man verlange neueste Preisliste.

## Meyer & Weiss, Rohabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892. Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof. Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319. Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam. Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen. Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zolkkredit. Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten. Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw. Verlangen Sie Preisliste und Muster. Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch. Unterhalte-Proben ansverkaufter Tabake Durchschnittspreis für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

## Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse 183

offizieren als ganz besonders preiswert:

Vorstenland-Decke, 2. Länge Vollblatt, a 400 Pfg.

hervorragend schöne feinhelle und fable Farben, finks wie rechts gerollt, vorzüglich im Brande.

Java-Umblatt, schönes festes Matt, a 160 Pfg.

federleicht, reif und kolossal ergiebig.

Losgut, beste Bremer Ware, a 165 Pfg.

tadellose gesunde Blattware, prima Mischung.

Fernruf 4740

Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.

## Die Rohabakhandlung Pabst & Rinneberg

Leipzig, Thomasring 1

empfehlen sämtliche Sorten

## Rohabake

zur Zigarrenfabrikation.

Abteilung: Klein-Verkauf.

Nur verzollt einschliesslich Wertzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3% Abzug. — Preisliste frei!

Neu!

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Neu!

Fertige Tabakeinlage . . . . . a Mk. 0.95

Fertiges Tabakumblatt . . . . . a Mk. 1.50

Jeder Versuch führt zu Nachbestellungen. Man verlange neueste Preisliste

## Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

ältestes Rohabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Begründet 1886.

## W. HERMANN MÜLLER

Berlin, Magazinstrasse 14.

Das so ausserordentlich beliebte

## SUMATRA-DECKBLATT

zweite Länge Vollblatt zu Mark 2.15 verzollt, ist wieder am Lager. Gute Farben. Tadellosjer Brand.

## Achtung! Zigarrenfabrikation!

Zur Anfertigung von 1000 Zigarren empfehlen folgende Zusammenstellung:

1 1/4 Pfd. Java-Deckblatt, hell, 1. Länge, Vollblatt, pr. Pfd. M. 3.— = 5.25
4 " Seedleaf-Umblatt " " " " " 1.40 = 5.60
4 " Domingo-Aufleger " " " " " 1.20 = 4.80
3 " Java-Einlage " " " " " 1.30 = 3.90
2 1/4 " St. Felix-Einlage " " " " " 1.50 = 3.40
15 Pfd. zusammen = 22.95

Auf Wunsch gern Auskunft über weitere Zusammenstellungen.

## Hengfloss & Maak, Altona-Ottensen

Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 25

## Ausserordentlich preiswertes Angebot!

### Umblatt

Java, 1. Länge Vollblatt . . . . . 140 $\frac{1}{2}$ verz.
do. 2. do. " " " " " 150 " "
Carmen 1a 1a . . . . . 125 " "
" 1a 1a . . . . . 140 " "
Domingo, zart, leicht . . . . . 115 " "
do. feinste Qualität . . . . . 135 " "
Seedleaf . . . . . 145 " "
Sumatra, 3. Länge Vollblatt . . . . . 160 " "

### Einlage

1a Losgut, rein überseeisch, sehr blattig . . . 100 $\frac{1}{2}$ verz.
gemischte Original-Tabake . . . . . 110 " "
Java, sehr blattig, leicht . . . . . 110 " "
Carmen, grossblattig, Umblatt liefernd . . . 110 " "
Domingo, blattig, sauer . . . . . 105 " "
geschnittene Einlage, Java-Brasil-Mischung 110 " "
St. Felix Brasil, gedeckt, Aufleger . . . . . 145 " "

### Deckblatt

Sumatra, 2. Länge Vollblatt . . . . . 200 $\frac{1}{2}$ verz.
do. 2. Länge Stückblatt . . . . . 215 " "
do. 2. Länge Vollblatt, hellbraun . . . . . 220 " "
do. 2. Länge Vollblatt, hellmatt . . . . . 270 " "
Vorstenland, 1. Länge Vollblatt, spottbillig 260 " "
Mexico, schwarz, feinste Qualität . . . . . 375 " "

Machen Sie in Ihrem eigensten Interesse von vorstehendem spottbilligen Angebot Gebrauch!

## Brinkmeier & Co.

Bremen, Geepen 42

## Rohabakhandlung

## H. Edling, Bremen

empfehlen folgende gute Tabake zu billigen Preisen

- |  |
|--|
| Sumatra-Decker a 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 280, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 $\frac{1}{2}$ |
| Java-Vorstenland-Decker a 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 $\frac{1}{2}$  |
| Brasil-Decker a 190, 200, 220, 240 $\frac{1}{2}$   |
| Brasil-Einlage u. Umblatt a 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 $\frac{1}{2}$  |
| Sumatra-Umblatt, Vollblatt a 150, 160, 170, 180 $\frac{1}{2}$ , Stückblatt 130, 140, 150 $\frac{1}{2}$                       |
| Java-Umblatt a 140, 150, 160, 170 $\frac{1}{2}$  |
| Java-Einlage u. Umblatt a 110, 120, 125, 130 $\frac{1}{2}$   |
| Domingo a 100, 110, 120, 130 $\frac{1}{2}$   |
| Carmen a 100, 110, 120, 130 $\frac{1}{2}$  |
| Seedleaf (neist Umbl.) a 110, 115, 120 $\frac{1}{2}$   |
| Havanna-Einlage a 180, 200, 250, 300, 400 $\frac{1}{2}$ , Decker 650 $\frac{1}{2}$   |
| Yara-Cuba-Einlage a 150, 180, 200, 250 $\frac{1}{2}$   |
| Mexiko-Decker a 250, 320 $\frac{1}{2}$   |
| Losgut a 95, 100 $\frac{1}{2}$   |
| Gemischte Original-Tabake a 110, 120 $\frac{1}{2}$   |
| Java (geschnitten) a 110 $\frac{1}{2}$   |

Preise verzollt inkl. Wertzoll per 1/2 Pfd. Skonto. Kredit nach Uebereinkunft. 1/3

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9. Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

## Carl Roland

Berlin SO., Rottbuscherstrasse 4

Sumatra-Vollblatt, tadellosjer Brand, pr. Pfund nur M. 2.50.

Java-Aufarbeiter, pr. Pfund nur . . . . . M. 1.30, 1.35 und 1.40.

## H. Hüsemann, Bremen

Mohlethor-Chaussee 105 Fernspr. 2880

empfehlen

## gutbrennende Tabake

Sumatra-Decker, Vollblatt, dunkel 180, 270  $\frac{1}{2}$ , mittel 190, 210, 240, 250  $\frac{1}{2}$ ; Sandblatt, mittel, 2. Länge, 380  $\frac{1}{2}$ , hell, 3. Länge, 360, 400  $\frac{1}{2}$ ; Umblatt 165, 170  $\frac{1}{2}$ ; Vorstenland-Decker, dunkel 200, 220  $\frac{1}{2}$ ; Brasil-Ersatz, hell 320, 350  $\frac{1}{2}$ ; Java-Einlage und -Umblatt 115, 130  $\frac{1}{2}$ ; leicht, Umblatt 140, 150, 160, 170  $\frac{1}{2}$ ; Brasil-Decker 210, 240, 250. — Einlage und Umblatt 140, 150, 160  $\frac{1}{2}$ ; Mexiko-Decker 180, 280, 300  $\frac{1}{2}$ ; Umblatt 150  $\frac{1}{2}$ ; Havanna-Einlage u. -Umblatt 220, 250  $\frac{1}{2}$ ; Yara 200  $\frac{1}{2}$ ; Seedleaf, Umblatt 130  $\frac{1}{2}$ ; Carmen-Einlage und -Umblatt 110  $\frac{1}{2}$ ; Umblatt 125  $\frac{1}{2}$ ; Domingo-Einlage u. -Umblatt 110  $\frac{1}{2}$ ; Umblatt 125  $\frac{1}{2}$ ; Losgut, bestehend aus Carmen, Brasil, Java, Seedleaf, Domingo, Sumatra, Havanna a Pfd. 110  $\frac{1}{2}$ . Versand nur unter Nachnahme.

Kleine

## Zigarrenfabrik

in einer Industriestadt nahe bei Berlin (10 000 Einw.) ist mit sämtlichem Fabrik- und Laborinventar billig zu verkaufen. Gefällige Offerten unter C. 1500 an die Expedition dieses Blattes.

**Grus** rein, 30, 60, 90, 100 Nachn. frei, d. Heisluff präp. Faser-Rippe 35. gr. dopp. Umblatt statt 160 u. 185 f. 145 u. 175, helle Decke statt 3 u. 360 f. 275 u. 335, entrippte amk. Einlage I statt 150 f. 135.

Kemmler, Rohbk., Breslau 6.

Unserm langjährigen, ältesten und treuen Mitgließe Johann Drape aus Verden und seiner lieben Frau zu ihrer am 29. Mai stattfindenden goldenen Hochzeit 195 die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Bielefeld.

Unserm Kollegen, dem 2. Bevollmächtigten Hermann Hütener nebst Frau Marta Schenk zu ihrer am 27. Mai stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Altwasser.

Unserm Kollegen Heinrich Garbade und seiner Frau Beta Pape zu ihrer am 1. Pfingsttage stattfindenden Verlobung die herzlichsten Glückwünsche.

?? Ob he ist woll wat marlen teil??

Die Tischkollegen der Firma Bück & Nische, Scharbeck.

Zodesanzeige.

Nach langem Leiden verschied am 14. Mai 1912 in Hamburg unser langjähriger Freund und Kollege Gustav Albert Andres aus Rotbus.

Dieses zeigen an seine Freunde Karl Hennmann und Karl Jensen.

Briefkasten.

Altwasser 60  $\frac{1}{2}$ , Hamburg 100  $\frac{1}{2}$ , Bielefeld 80  $\frac{1}{2}$ , Eschwege 80  $\frac{1}{2}$

Hammer-Heilbronn bemängelt die Klasseneinteilung. Die Einführung der 6. Klasse ist überflüssig. Die Anrechnung der Kinderzahl auf 3 können wir auch nicht richtig finden. Redner vertritt noch den Antrag Heilbronn-Bödingen, den selbständigen Mitgliedern nach § 11 Absatz 6 an 40 Tagen im Jahre 50 - 3 pro Tag mehr zu zahlen.

Regel-Gießen: Jeder von uns hat wohl den sehnlichsten Wunsch, die Verschmelzung zu vollziehen. Aber zu dem Statutenentwurf haben wir auch Anträge gestellt, die Rücksicht auf die Verhältnisse in der Industrie nehmen. Deshalb wollen wir für Jugendliche eine Beitragsklasse eingeführt wissen. Die 1. Beitragsklasse genügt nicht. Es sollte eine Klasse mit 20 - 3 eingerichtet werden, für die man die 15- und 16-jährigen gewinnen würde. Die Unternehmer nehmen auf dem Lande, speziell im Süden, immer mehr jüngere Arbeiter in Anspruch.

Auch in der Krankenunterstützung sind große Unterschiede vorhanden im Süden und im Norden, so daß eine Verringerung im Sinne unserer Anträge vorgenommen werden sollte. Man sollte es bei der 26 wöchigen Karenzzeit belassen.

Fischer-Dresden tritt für den Antrag ein, der den weiblichen Mitgliedern nur den Beitritt in die 1. und 2. Klasse gestattet. Die Löhne der weiblichen Mitglieder seien niedriger. Ferner sei die Streitunterstützung wie bisher einheitlich zu zahlen. Aber an unsern Anträgen soll die Verschmelzung nicht scheitern.

Pioch-Dresden: Beträchtlich man den Statutenentwurf objektiv, muß man sagen, daß der Vorstand ihn so ausgearbeitet hat, daß er nicht viel Angriffe herausfordert. Einzelnes kann vielleicht noch geändert werden. So könnte im § 7 der Passus gestrichen werden, daß die Unterstützung im Höchstfalle nur für 3 Kinder gezahlt wird. Im § 10 Absatz 1 sollte gesagt werden, „eventuell 3. Klasse“. Auch könnte Absatz 2 des § 12 gestrichen werden. Redner opponiert dann gegen § 3 Absatz 1 des Wahlreglements. Bitte, diese Anregungen zu berücksichtigen.

Müller-Enger billigt ebenfalls die bemängelte Bestimmung im § 7 nicht. Menke-Bünde: Wir müssen ernstlich an die Verschmelzung denken, deshalb haben wir nur die Einmündung gegen § 7 betreffend der Zahlung der Unterstützung im Höchstfalle gemacht. Sonst stimmen wir dem Entwurf zu.

Schulz-Berlin: Es ist nicht zufällig, daß 17 Orte sich mit der Schaffung einer Beitragsklasse für Jugendliche befassen. Das liegt in der Entwicklung der Verhältnisse, der wir Rechnung tragen müssen. Nun wir es nicht, entfremdet man uns die Jugendlichen. Die Fabrikanten werden die Jugendlichen zu organisieren suchen; das muß verhindert werden. Man dürfe nur den Entwurf nicht zu sehr belasten, damit die Einigung zustande kommt.

Häbe-Bernburg hält die Annahme der höheren Beiträge bei der Änderung der Unterstützung für undenkbar. Weibliche Mitglieder werden ob dieser Änderungen unwillig werden. Der Absatz 3 im § 12 könnte fallen.

Beimüller-Juffenhausen vertritt den Antrag, den Beitrag auf 30 - 3 festzusetzen, weil der höhere Satz die Gewinnung weiblicher Mitglieder hindert. Redner schlägt sich den Wünschen nach Einrichtung einer Klasse für Jugendliche an. Ist eine Beitragserhöhung nötig, so ist nichts dagegen zu machen; dann soll man aber eine Herabsetzung der Unterstützung nicht vornehmen.

Kell-Kassel: Kollege Krohn hat die Staffelung der Streitunterstützung nicht berührt und doch ist diese Frage sehr wichtig. Die Bescheidarten kommen nicht günstig dabei weg. Man muß das berücksichtigen.

Barthmann-Deuben: Wir wünschen, daß Jugendliche unter 16 Jahren ebenfalls gestattet wird, höheren Beitrag zu zahlen, damit sie auf der Reihe höhere Unterstützung erhalten können. Ferner wollen wir die Aufnahme weiblicher Mitglieder in die 3. Klasse gestattet sehen. Wir erhalten den Tabak-Arbeiter immer erst Sonnabends, für die Verbreitung des Blattes ist dies beschwerlich.

Von den schwedischen Tabakarbeitern ist ein Schreiben eingegangen, in dem behauptet wird, daß die schwedischen Kollegen keinen Delegierten zur Generalversammlung schicken konnten wegen einer besonderen Agitation im ganzen Lande. Die schwedischen Kollegen wünschen den Beratungen der Generalversammlung guten Erfolg. (Weißfall.)

Ferner sind Glückwünsche noch aus Dänemark eingegangen. Rasch-Waldheim ist der Meinung, daß die Kritik an dem Statutenentwurf die Verschmelzung nicht aufhalten kann. Redner vertritt den Antrag Geringswalde, der eine Herabsetzung der Unterstützung befähigt.

Stodt-Weidberg schlägt sich denen an, die die Verschmelzung mit den Sortierern mit Genugtuung begrüßen. Redner hat gesehen, daß die Staffelung im neuen Entwurf, die er erst bekämpfte, doch von Vorteil ist. Es sei unmöglich, die 3 Tage Karenz vor dem Empfang von Krankenunterstützung zu streichen, das würde dem Verbands finanziell gefährlich werden. Die Erfahrungen im Süden zwingen nicht zur Einführung einer Klasse für Jugendliche, ich kann mich den vorgetragenen Wünschen nicht anschließen. Mit der Jugendklasse würden wir nur die Fluktuation im Verband fördern. Wir müssen viel mehr auf die Einrichtung von lokalen Beiträgen hinarbeiten; das kann durch eine Resolution geschehen.

2. Sitzungstag  
Dienstag, 14. März.  
Zentner-Offenburg bittet, von einer Beitragserhöhung Abstand zu nehmen. Die süddeutschen Kollegen vermögen bei den niedrigeren Löhnen nur schwer die Beiträge zu erbringen. Redner ist für Einrichtung einer Jugendklasse.

Marahrens-Hildesheim tritt für die Belassung von 20 Prozent der Einnahmen in den Ortsklassen ein.  
Kunze-Altona meint, die Verschmelzung mit den Sortierern müsse gescheitert, darum müsse der Statutenentwurf im Großen und Ganzen angenommen werden. Die Einrichtung einer Klasse für die Jugendlichen sei nicht angebracht. Die Heranziehung der Jugendlichen sei auch im Rahmen unserer jetzigen Organisation möglich. Es müsse versucht werden, mit anderen Gewerkschaften die Organisation der Jugend zu betreiben durch Jugendauschüsse. In der Regel müsse sie aber lokaler Natur sein.

Stamm-Braunschweig führt aus, daß die Schwierigkeiten gegen die Verschmelzung mit den Sortierern von der Seite der Sortierer gemacht wurden. Er, Redner, zweifle daher noch, ob die Vereinigung mit ihnen von Dauer sein werde, so sehr er es wünsche. Notwendig sei, vorsichtig die Bedingungen dazu zu schaffen. Weiter begründet Redner einige von Braunschweig gestellten Anträge.

Kraemer-Froschhausen: Trotz des Wunsches, die Verschmelzung mit den Sortierern herbeizuführen, muß doch Rücksicht auf die Süddeutschen genommen werden. Dort ist die Einrichtung einer Klasse für die Jugendlichen notwendig, die dort sehr geringe Löhne haben. Ich trete daher für den Antrag aus Frankfurt ein und meint, der Ausbau des Statuts sei Aufgabe der nächsten Generalversammlung. Redner geht dann auf die Verhältnisse der Dresdener Zahlstelle näher ein.

Poppe-Leipzig ist Gegner einer Beitreibung höherer Lokalbeiträge. Diese Angelegenheit solle den einzelnen Mitgliedschaften zur selbständigen Entscheidung überlassen bleiben, die die lokalen Verhältnisse zu berücksichtigen wissen.

Berte-Köln unterstützt den Antrag bezüglich der Jugendklasse, dagegen wendet er sich gegen die Anträge, die eine Beworbenheit der Selbständigen beabsichtigen.

Nienborf-Bremen: Die verspätete Zusendung des Tabak-Arbeiter liegt nicht an der Expedition, die darüber beraten hat, wie dem Uebelstand abgeholfen ist. Jedenfalls wird alles geschehen, ihn zu beteiligen. Das Experiment, eine Klasse für die Jugendlichen einzurichten, scheidet nur der Jugendbewegung. Das Beispiel unserer holländischen Kollegen spreche ab. Die Einrichtung habe, wie im internationalen Bericht steht, ihren Zweck nicht erfüllt. Nun will man versuchen, der Einrichtung mit allen Mitteln zum Leben zu verhelfen. Die Verdienstgrenze kann nicht gezogen werden, man würde das auch auf Halbtagstarbeiter und andere ausdehnen. Wer die Jugendagitation betreibt, wird auch Erfolg bei unsern jetzigen Einrichtungen haben. Mit anderen Berufs für unsern Beruf kein Vergleich zu ziehen. Die Jugendbewegung wird von anderen Instanzen gefördert, wozu wir in anderer Weise beitragen können.

Gorla-Kendtsburg schlägt vor, die Karenzzeit zu belassen, wie bisher, und die 2. Klasse nicht herabzusetzen. Bei der Vorstandswahl sollen alle Branchen berücksichtigt werden.

Strehle-Frankfurt: Wir haben ebenfalls Stellung genommen und sind gegen die Unterstützung im Höchstfalle (§ 7). Redner ist ebenfalls für die 26 wöchige Karenzzeit.  
Morawski-Kowisch ist gegen die Beitragserhöhung, aber es könne darum auch keine Erhöhung der Unterstützung eintreten. Die Wanderkarte sollte in Befehl kommen.

Seibt-Görlich wendet sich gegen die Anträge aus Dresden. Dagegen ist Redner gegen Herabsetzung der Streitunterstützung.  
Frau Stölze-Dresden wünscht, daß das Krankengeld nicht herabgesetzt wird. Es würde unter unsern weiblichen Mitgliedern einen Sturm der Entrüstung hervorrufen und unsere Zahlstelle schwer schädigen.

Kennert-Deilsch wünscht, daß die Extrabeiträge mit stärkerer Berücksichtigung auf die verschiedenen Löhne abgestuft werden. Redner ist gegen die Einrichtung einer Klasse für Jugendliche.

Klaus-Ansbach wendet sich gegen Stamm; die Sortierer werden ernsthaft die Vereinigung mit uns durchführen. Wir müssen in unserer Organisation die Regel schärfer innehalten: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Die weiblichen Mitglieder dürfen keine Vorteile erhalten, wir erzielen sie damit nicht zur Gleichberechtigung. Durch die Krankenunterstützung sind sie bevorzugt. Viele Kolleginnen haben höheren Verdienst wie manche Männer.

Ringling-Perzberg ist für Verringerung der 2. Klasse, doch gegen die Jugendklasse.  
Marie-Ostinde-Berlin: Wir beantragen, daß die Zigarettenarbeiter im Vorstand vertreten werden. Es soll jede Branche im Vorstand vertreten sein. Einseitig soll ein solcher Vorstandsbeamter nicht wirken, aber die Interessen der Zigarettenarbeiter können durch ihn vorgebracht werden. Auch die Stellung der Hilfsarbeiter unter den Zigarettenarbeitern würde dabei Berücksichtigung finden. Es wird sich schon ein Modus finden lassen, der unsern Wünschen gerecht wird.

Patterson-Dreslau ist für Einführung der von Dreslau beantragten Zwischenklasse.  
Fitzel-Finsterwalde: Unsere Zahlstelle ist mit dem Entwurf im Großen und Ganzen einverstanden. Aber wir wünschen, daß die Unterstützung bei Streiks nur in drei Klassen eingeteilt bleibt, sonst wird Unzufriedenheit entstehen.  
Regel-Gießen: Erfreulichweise ist die Mehrheit der Redner für die Einrichtung der Jugendklasse eingetreten. Sonder- (Fortsetzung siehe Beilage.)

Vom Vorstände sind ernannt:  
Sagen i. Bekk. J. Schmitzer als 1. Bev.  
Litt. Fr. Marie Diebrich als 1., Fr. Bertha Stemann als 2. Bev.  
Reilinghufen. Chr. Rathjen als 1. Bev.  
Adressenänderungen.  
Sagen i. Bekk. 1. Bev. J. Schmitzer, Mittelndstr. 18 I  
Litt. i. Oppr. 1. Bev. Fr. Marie Diebrich, Litt, Stolbenerstr. 59;  
2. Bev. Fr. Bertha Stemann, Litt, Kollkappen.  
Bochum. 2. Bev. Franz Michal, Ottostr. 79.  
Reilinghufen. 1. Bev. Chr. Rathjen, Schußstr. 40.

Unterstützungen werden ausgezahlt:  
A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung  
Bochum: A.-U. bei Franz Michal, Ottostr. 79.

Arbeitslosenstatistikarten.  
Wir eruchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der „Tabak-Arbeiter“-Ossender in ihren Besitz gelangte graue Statistikarte („Kaiserl. Statistisches Amt“) gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstande in Bremen bis spätestens 1. Juni einzuweisen zu wollen.

Als Erich- und Zähltag ist Sonnabend, 25. Mai d. J., zu nehmen.  
Mitglieder, welche krank, gemahregelt oder ausgesperrt sind, und streikende Mitglieder dürfen als arbeitslose Mitglieder nicht mitgezählt werden.  
Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllen und die grauen Statistikarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einzuweisen werden.  
Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.  
Zahlstellen, die keine Karten einzuweisen, werden veröffentlicht.  
Bremen. Der Vorstand

Vom 8. bis 20. Mai 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (R. = Verbandsbeiträge, E. = Extrabeiträge, F. = Freiwillige Beiträge, L. = Lokalbeiträge):  
6. Mai: Henschelheim, B. 130.—, Staufenberg, B. 20.—, Tschberg, B. 20.—, Wiesed, B. 80.—, Reundorf, B. 28,15, E. —, 75.  
Duisburg, B. 40.—, E. 31,75, Nordhausen, B. 1000.—, E. 300.—, Pirna, B. 100.—, Frankenstein, B. 48,93, Wolde, E. 43,50.  
7. Mai: Unterwiesheim, B. 40.—, Guben, B. 80.—, Ober-Ottendorf, B. 120.—, E. 24,50, Heidenheim, B. 90.—, E. 28,50, 8. Mai: Lage, B. 40.—, Winden, B. 700.—, E. 300.—, Offenbach, B. 50.—, Bischofsverda, B. 100.—, 9. Mai: Altona, B. 600.—, Lenzinghausen, B. 25.—, Greiz, B. 100.—, 10. Mai: Dresden, B. 800.—, E. 200.—, Wehlensted, B. 500.—, 11. Mai: Liebschwitz, B. 44,50, E. 355,50, 12. Mai: Blotho, B. 600.—, Deberan, B. 150.—, Delmenhorst, B. 100.—, E. 44,25, 13. Mai: Gilsenau, B. 140.—, E. 40,20, Northheim, B. 48,75, E. 1,25, Burg, B. 60.—, 14. Mai: Erfurt, B. 150.—, Salsungen, B. 100.—, E. 24,75, 15. Mai: Trebbin, B. 200.—, Scharmbeck, E. 300.—, E. 100.—, 17. Mai: Hamburg, B. 500.—, E. 500.—, Zerbst, B. 40.—, Hamburg, B. 50.—, durch H. Poppe, Berlin, B. 200.—, Drögn a. Rh., B. 200.—, E. 45,50, Flungstadt, B. 100.—, Hohenheim, B. 100.—, Neulubheim, B. 70.—, Reilingen, B. 70.—, Leimen, B. 50.—, Sedenheim, B. 80.—, Spenge, B. 90.—, Blotho, B. 50.—  
Gleichzeitig magde darauf aufmerksam, daß bei Einweisung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnütze Portoausgaben vermieden werden. Damit die Zusendung von etwa erforderlichem Zuschuß durch unser Postkontanto erfolgen kann, wolle man die Bezeichnung rechtzeitig beim Vorstand einreichen.  
Falls Zahlkarten gemünscht werden, bitte dieses auf dem Abschnitt vermerken zu wollen, damit die Zusendung erfolgen kann.  
Bremen, den 20. Mai 1912. B. Nieder-Weiland.

Mitglieder-Verfassungen.  
Sonntag, den 26. Mai:  
Enger: Nachm. 2, 6. Hermann, L.-D.: Bericht v. d. Gen.-Vers.  
Donnerstag, den 30. Mai:  
Spradow: Ab. 8, 6. Kolbener, L.-D.: Bericht v. d. Gen.-Vers. Kollege Schlüter ist amsendend.  
Sonntag, den 2. Juni:  
Gün: Nachm. 4, Volkshaus, L.-D.: Bericht vom Verbandstag, unsere Tarifbewegung, Abrechnung, Verschiedenes. Auch Nichtmitglieder sind eingeladen!  
Kirchlegern: Nachm. 4, L.-D.: Bericht v. d. Gen.-Vers., Abrechnung, Verschiedenes.  
Blotho: Nachm. 5, Kaiser-Jaal, L.-D.: Bericht v. d. Gen.-Vers.; Was lecht uns die weiff. Aussperrung (Ref. Paul. Schlüter); Verschiedenes.

Vereinstell.  
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.  
Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.  
Büroausgibt von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Geld-, Einschreib- und Beitragsentwände nur an B. Nieder-Weiland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Kaufmännervereine m. B. D. in Hamburg. Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.  
Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Nienborf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an Emil Giffen, Altona-Dittjen, Hohensich 3, pl., zu adressieren.

Bekanntmachungen.  
Der Aufsichtszustand angegeben wird ersucht: Der Zigarettenmacher Salomon Krudt aus Hammerstein (Str. Schlochau), betrifft Erbschaftsangelegenheit. (E. 622/761,19.)  
Eine Umstellung abgereicht ist: Von Tressfurt, der Zigarettenmacher Gust. Wolf aus Weisich i. S., Buch S. II 26918 (E. 873,5 J. 12).  
Von Baugen, der Zigarettenmacher Kurt Zwickert aus Charlottenburg, Buch S. I. 45 101. (E. 877,4 J. 12).  
Von Göstz a. M. der Zigarettenmacher Rudolf Wog aus Hildbrandhausen, aufgen. am 25. S. 1912. (E. 886,4 J. 12).  
Die Mitgliedsbücher sind einzusenden: Von dem Zigarettenmacher R. Reinhardt aus Blöth, Buch S. I. 45 008; von dem Zigarettenmacher Joh. Feint. Stolle aus Wellerhof, S. II, 39 418. (E. 874,4 J. 12).  
Abrechnungen vom 1. Quartal 1912 wurden von nachbenannter Zahlstelle beim Vorstand eingekandt:  
16. Mai: Kreuzburg. Der Vorstand.

Gestorben:  
Am 12. Mai zu Bernigerode Frau Karoline Krieger aus Impfurth, 50 Jahre alt.  
Am 14. Mai zu Hamburg Albert Andreß aus Cottbus, 32 Jahre alt.  
Am 15. Mai zu Ringolsheim Mathäus Gahner, 33 Jahre alt.  
Am 16. Mai zu Schönlante Albert Viet aus Münchberg (bestand sich auf Wanderhaft).  
Am 16. Mai zu Altona Gustav Groke aus Altona, 69 Jahre alt.  
Am 16. Mai zu Altona Adam Stertag aus Seibingsfeld, 69 Jahre alt.  
Am 17. Mai zu Kirchlegern Friedrich Deermann aus Südlingern, 43 Jahre alt.  
Am 18. Mai zu Görlich Ernst Schreiber aus Görlich, 45 Jahre alt.  
Am 19. Mai zu Berden Julius Engelhardt aus Auerbach, 61 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.  
Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.  
Ausschuh: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.  
Schiedsgericht: Gg. Feih, Hamburg 19, Schwentestraße 44 II.  
Eingegangen: Baugen M. 100.—, Jostrow 75.—, Rostod 42,80, Rürnberg 60.—, Brieg 49.—, Duisburg 100.—, Wittenhausen 100.—, Delmenhorst 40.—, Scharndorf 50.—, Nehme 66,50.  
Sterbekasse: Baugen M. 27,60, Rostod 7,50, Camstadt 11,73, Hamburg 100.—, Nürnberg 33,12, Rinteln 14,29, Söbau 35,19, Brieg 10,35, Duisburg 32,82, Verbnung 61,41, Delmenhorst 30,66, Nehme 13,50, Drögn 12,82.  
Zuschüsse: Kirchheim M. 100.—, Mumbenheim 75.—, Hamburg 300.—, Braunschweig 200.—, Saffelt 100.—, Rinteln 39,29, Leipzig 73,70, Rangenfeld 50.—, Berlin 100.—, Canstatt 50.—, Neulubheim 200.—, Sanktengelb: M. 74.—  
Hamburg, den 20. Mai 1912. P. Otto.

Grosses Lager  
neuer und  
gebrauchter  
**Wickelformen**

# Heinrich Franck

Alle Utensilien  
für  
Zigarrenfabriken

Gegründet 1879

Berlin N. 54, Brunnenstrasse 22

Gegründet 1879

## Zusammenstellung der in den Frühjahrs- einschreibungen neu gekauften Tabake!

Beordern Sie sogleich Muster, eine solche Auswahl feiner Tabake ist selten!

### Sumatra-Decken

Nr. 1762. Pflückblatt, Vollblatt 1. Länge, vorzüglicher Linksroller, fahle Farben . . . . .	Versollt Mk. 3.20	Nr. 1735. Sandblatt, Vollbl. 2. Länge, wunderbar zart, mattfahl, sehr deckfähig . . . . .	Versollt Mk. 4.60
Nr. 1759. Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, hell, zart, Rechtsroller . . . . .	3.50	Nr. 1736. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, leicht auf der Hand, sehr hell, sehr deckfähig, sehr schön . . . . .	5.—
Nr. 1758. Sandblatt, mattfahl, reinfarbig, Vollblatt 3. Länge, dünn zart . . . . .	3.60	Nr. 1753. Sandblatt, matt duff, reinfarb., Lochblatt 1. Länge, wunderschön . . . . .	5.50
Nr. 1754. Pflückbl., ganz hell, reinfarbig, Lochblatt grosse 2. Länge, wie Vollblatt . . . . .	3.80	Nr. 1751. Sandblatt, mattfahl, reinfarbig, Vollblatt 2. Länge, horrend deckfähig . . . . .	6.00
Nr. 1756. Pflückblatt, hell, matt, reinfarbig, Lochblatt 1. Länge, wie Vollblatt, Rechtsroller . . . . .	4.00	Nr. 1752. Sandblatt, hellmattfahl, reinfarbig, Vollblatt 2. Länge, wenig feiner Spickel, dünn, zart, kolossal blattig . . . . .	6.50
Nr. 1755. Pflückbl., hell, matt, reinfb. Vollblatt 3. Länge, gross, zart, Rechtsroller . . . . .	4.20	Nr. 1750. Sandblatt, hellgraumatt, reinfarbig, Vollblatt 2. Länge, so schön wie nur denkbar, horrend deckfähig . . . . .	7.00
Nr. 1757. Pflückbl., hellfahl, reinfarb., Lochblatt 1, Länge, wie Vollblatt, Rechtsroller . . . . .	4.25	Nr. 1760. Pflückblatt, 1. Länge Lochblatt, wie Vollblatt, denkbar hell und fahl, zart und leicht, sehr deckfähig . . . . .	7.60
Nr. 1734. Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, sehr zart und breitblättig, ganz hell, viel fahl . . . . .	4.50	Nr. 1738. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellfahl und hellmatt, zart, aussergewöhnlich deckfähig, wunderschön . . . . .	8.25

### Vorstenlanden-Decken

Nr. 1744. Weisse und fahle Farben, Lochblatt 1. und 2. Länge, zart und sehr blattig, ausserordentlich schöne Farben, sehr gute Deckkraft . . . . .	Versollt Mk. 2.50	Nr. 1748. Schwarzes Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, durchweg tatsächlich schwarze Farben, zartes, weiches, leichtes Blatt, hochfein in Brand und Geschmack . . . . .	Versollt Mk. 4.50
Nr. 1745. Eleganter Spickeltabak, ganz reinfarb. matt mit wenig feinem Spickel, Vollblatt 1. Länge, leicht, riesig blattig . . . . .	3.40	Nr. 1740. Vollbl. 3. Länge, hellgraufahle bis weisse Farben, grosses, breites Blatt, ungewöhnlich schönes Sandblatt . . . . .	5.50
Nr. 1746. Fahler heller Linksroller, reinfarbig, sehr deckfähig, Vollblatt 3. Länge . . . . .	3.50	Nr. 1749. Hellfahl weisse Farben, Vollbl. 1. Länge, zart und riesig blattig, ganz ungewöhnlich schön . . . . .	6.25
Nr. 1739. Vollbl. 1. u. 2. Länge, durchweg matt, zart wie Sumatra, horrend deckfähig . . . . .	4.50		

### Java-Decken

Nr. 1729. Spada Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, Rechtsroller, reinfarbig, fahl und matt . . . . .	Mk. 2.80	Nr. 1761. Spada Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, matter Rechtsroller . . . . .	Mk. 3.40
--	----------	--	----------

### Vorstenlanden

Nr. 1741. Polan Sandblatt, Vollbl. 4. Länge, breitblättig, weissgrau, wunderbare Farben Deck für Cigarillos und kleine Fassons . . . . .	Mk. 1.50	Nr. 1742. Polan Sandblatt Einlage, Qualitätsmarke, sehr blättig und leicht . . . . .	Mk. 1.30
--	----------	--	----------

### Bezoeki-Aufarbeiter

Nr. 1763. Reifbraun, trocken, wollig, hochfeiner Qualitätstabak, auserlesene Sortierungen, seit Jahren nicht mehr so billig angeboten . . . . .	Mk. 1.35
---	----------

Wenn Sie ein modernes Fabrikat herstellen wollen, müssen Sie diese Tabake kaufen!

# H Heinrich Franck

Berlin N. 54  
:: Brunnen-  
Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

# F